

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
13. Februar 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Jettin (Zunfel), Wilhelmshöhe,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Paul Singer.

Eine schwere gemeinsame Trauer senkt ihre Schatten über die proletarischen Massen Deutschlands, deren gemeinsamer Wille auf das hehre sozialistische Ziel gerichtet ist. Am 31. Januar ist Paul Singer durch eine Lungenentzündung aus dem Leben gerissen worden, das ihm eine Arbeits- und Kampfstätte für die Befreiung der Arbeiterklasse war. Seine frühere robuste Kraft war in den letzten Jahren wiederholt schwer erschüttert worden. Schmerzlich hatte es dann auf dem Unermüdlichen gelastet, daß er nicht wie sonst stets im Vordertreffen stehen konnte, wenn die Sozialdemokratie sich mit dem Feinde maß oder um die Klarheit und Geschlossenheit ihres Aufmarsches rang. Sobald die ärztliche Kunst über ein Leiden triumphiert zu haben schien, trat er bereit zu Rat und Tat unter die Kampfgenossen. Frischer und rüstiger als seit langem, noch Jahre kraftvollen Wirkens verheißend — so dünkte den Freunden —, hatte der mehr als Siebenundsechzigjährige seine Arbeit, insbesondere die parlamentarische Kampagne des Winters aufgenommen. Alles Hoffen war trügerisch. Paul Singer war ein dem Tode Verfallener, als er am 20. Januar mit der Energie und dem Geschick seiner guten Tage in die Geschäftsordnungsdebatte eingriff, um gegen einen unfauleren Trick des schwarzblauen Blocks zu protestieren. Am nächsten Tage schon packte ihn der Würger, und er blieb diesmal Sieger. Einem Fahnenträger gleich, der bis zum letzten Hauch im Kampfgeschimmel ausharrt und schon todeswund das Banner noch festhält, so ist Paul Singer gefallen, ein Beispiel erhebender und ergreifender Pflichttreue, wie sie nur aus der Wurzel einer großen, selbstenfesten Überzeugung erwachsen kann.

Paul Singers Lebenswerk liegt in der sozialistischen Bewegung beschlossen. Es ist insbesondere untöschlich mit dem Werden und Wachsen der deutschen Sozialdemokratie verknüpft, und was er ihr in kluger, hingebungsvoller Arbeit, in rastlosem, opferreichem Kampfe gegeben hat, das steht für immer auf den Tafeln ihrer Geschichte eingegraben. Paul Singer zählt zu „unseren Alten“, ein Begriff, den die Liebe und Verehrung der Parteigenossen für die Männer geprägt hat, die wir seit mehr als einem Menschenalter in der gleichen unwandelbaren Hingebung auf Posten zu sehen gewöhnt sind. Jedoch hat er nicht wie Liebknecht, Bebel, Auer usw. selbst schon die Kinderjahre der sozialdemokratischen Bewegung miterlebt. Der leidenschaftliche Bruderkampf zwischen Eisenachern und Lassalleanern bildet keine Etappe seines eigenen Entwicklungsganges. Zwar gewann der junge Kaufmann Paul Singer schon zwischen 1866 und 1870 die erste Fühlung mit der Arbeiterbewegung durch seine Mitgliedschaft in dem demokratischen Arbeiterverein zu Berlin, der sich zu der Richtung der Eisenacher hielt. Allein zu der Zeit, wo er sich als ein offener Bekenner der sozialistischen Überzeugung in Reich' und Glied stellte, stand bereits die geeinte Partei auf dem Blachfeld und mitten im dichtesten Regnetregen des Ausnahmejahres.

Aber freilich: ein heißes Ringen um Erkenntnis und Begrüchtung lag auch hinter ihm. Nicht äußere eigene Lebensnot hatte ihm mit harter, aber wohlthätiger Hand das von Marx enthüllte „Geheimnis der historischen Daseinsbedingungen des Proletariats“ gezeigt. 1844 als Sohn nicht unbegüterter jüdischer Eltern zu Berlin geboren, hatte ihn Begabung und Mühigkeit mit Glück im Bunde als Kaufmann rasch zu Reichtum emporgetragen. Aber zwei tiefgewurzelte Wesenszüge ließen ihn nicht auf der dürren Heide einer behäbigen bürgerlichen Existenz im Kreise gehen. Eine großzügige Menschenliebe, der Wohlthaten und mützteilen innerstes Herzensbedürfnis war, das schon in jungen Jahren Singer dazu trieb, unter Mitwirkung Gustav Thödes und anderer das Asyl für Obdachlose zu schaffen, dem unser Genosse bis zuletzt förderndes Interesse zugewendet hat. Ein starkes demokratisches Empfinden, das nach politischer Betätigung drängte. Paul Singer gehörte vor seinem offiziellen Übertritt zur Sozialdemokratie zu dem kleinen Häuflein ehrlicher norddeutscher Demokraten, die sich in den Jahren vor und nach der Gründung des Deutschen Reiches um Johann Jacoby scharten. Die Zeitereignisse ließen in ihm die Einsicht reifen, daß sich mit der Eingung Deutschlands auf den blutigen Schlachtfeldern in Frankreich durch die Revolution von oben das politische Ideal einer Bourgeoisie erfüllt habe, die im Taumel der Lösung: „Bereichert euch!“ bereits vor der vorwärtsdringenden Arbeiterklasse zitterte und daher eine konsequente Demokratie als Nährboden für die proletarische Machtentfaltung mehr und mehr hassen mußte. Er erkannte, daß in Deutschland künftighin die Demokratie nur noch gewandelt, als soziale Demokratie in dem Sinne Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit habe, daß sie vom Proletariat getragen werde und von ihm und seinen schöpferischen historischen Klasseninteressen Blut und Odem erhalte. Von der Schwelle dieser Erkenntnis aus, an der sein Freund, der charaktervolle demokratische Arbeiterfreund Jacoby stehen geblieben ist, drang Paul Singer tiefer und tiefer in die sozialistische Ideenwelt ein, bis er sich ganz die Überzeugung zu eigen gemacht hatte, daß die Enterbten von heute die Menschheitsbefreier von morgen sind, daß die Stunde schlagen muß, wo „mit der Expropriation der Expropriateure“ die toten Produktionsmittel nicht mehr die lebendigen Menschen beherrschen, sondern von ihnen beherrscht werden.

Er bligte nicht einem glänzenden Meteor gleich in der Sozialdemokratie auf, um nach einem kurzen Zwischenspiel für sie wieder zu verlöschen. Sein Bekenntnis zu ihr war nicht ohne innere Kämpfe in einem langsamem Werdegang gereift. Als Paul Singer sich der Partei des proletarischen Klassenkampfes gab, war es ganz und für immer. Was er der jungen Sozialdemokratie zubachte, war nicht wenig: eine unabhängige bürgerliche Existenz, rednerische Begabung, nie zu ermüdende Arbeitsfröhlichkeit, einen scharfen Blick, der schnell das Hauptfächliche erfaßte, klugen Sinn für des Lebens Wirklichkeit und seine praktischen Bedürfnisse, einen leuchtenden, wärmenden Idealismus, dem nur die höchsten Ziele genügen konnten, und zu alledem die Überzeugungstreue eines Mannes, der klar seinen Weg erkannt hat und fest entschlossen ist, ihn unbeschadet aller Gefahren und Opfer zu gehen. Eine Persönlichkeit wie ihn konnte die Sozialdemokratie in den Zeiten brauchen, da sie jung und schwach mit allen Gewalten des kapitalistischen Klassenstaats um ihre Existenz ringen mußte, da unter dem Hagelschauer der Verfolgungen viele schwankten und wankten, die mit großen Worten zu ihrer Fahne geschworen hatten.

Fähigkeit und Charakterfestigkeit führten Paul Singer bald auf die verantwortungsvollsten Kampfesposten. Seine erste große Rede, die er 1883 vor den Berliner Arbeitern hielt, brachte zum Ausdruck, daß er die innere Fühlung mit den Massen gefunden hatte. Sie wirkte derart, daß die Versammlung sich zu einer imposanten Demonstration für die Sozialdemokratie gestaltete. Das hauptstädtische Proletariat sandte Singer in dem genannten Jahre in die Stadtverordnetenversammlung und 1884 in den Reichstag. In beiden Körperschaften nahm er sofort den Kampf für die Interessen der Ausgebeuteten mit Energie und Schärfe auf. Nach reichlichen Rücksen und Tücken der Reaktion, wie sie damals zu den Alltäglichkeiten gehörten, traf ihn im Juli 1886 ihre volle Rache. Die regierende Puttkameri quittierte durch die Ausweisung aus Berlin darüber, wie tödlich Singer sie getroffen hatte, als er im Reichstag durch die Entlarvung ihres Jhring-Mahlow die Lockspizelschustereien vor aller Welt nachwies. Eine gewaltige Demonstration der Berliner Arbeiter bei seiner Abreise kündete die dankbare Verehrung der Massen für ihren Führer und unterstrich die Bedeutung der Ausweisung. Die preussische Regierung hoffte Singers wirtschaftlichen Ruin herbeizuführen, indem sie ihn auch aus Dresden, seinem neuen Wohnsitz, vertreiben ließ. Ihr Wüten erreichte jedoch nur eins: Paul Singers Arbeitskraft gänzlich von der Mäntelfabrik loszulösen, zu deren Signern er gehörte, und auf das politische Gebiet zu konzentrieren. Soweit nicht die Ausübung der Mandate ihn einforderte, zog er nun, ein eifriger Werber für die Sozialdemokratie, durch das Reich. 1888 schied er in aller Form aus dem von ihm mitbegründeten Geschäft aus, weil ein zynischer Ausspruch seines Kompagnons Rosenthal grell das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung beleuchtet hatte und die schenlichen Auswüchse, die auf ihrem Stamme wuchern. „Wenn die Arbeiterinnen nicht genug verdienen,“ hatte dieser Herr gesagt, „so mögen sie auf die Straße gehen.“ In jenen Tagen, wo die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie in der bürgerlichen Welt nicht „interessant“, sondern versemnt machte, stürzten sich die Gegner gleich Hyänen auf die Ruferung des skrupellosen Kaufmanns Rosenthal und legten sie verkleumderisch dem revolutionären Kämpfer Paul Singer in den Mund. Und der tödliche Haß schmutziger Gefellen hat die infame Lüge wieder und wieder aufleben und sogar am Grabe des Mannes aufstehen lassen, obgleich sie schon längst vor Gericht elend zusammengebrochen ist. Es war und ist so leicht, „den Juden Singer“ zu schmähen und zu verdächtigen, so unmöglich, die Anklagen zu entkräften, die dieser selbstlose Vorkämpfer des Proletariats mit fester Hand aus der Sündenlammer der bürgerlichen Ordnung hervorholte, um sie deren Nugnießern und Sachwaltern entgegenzuschleudern. Die geifernde Wut mußte durch diese Anklagen um so wilder entseßelt werden, als es „ein Überläufer“ aus dem eigenen bürgerlichen Lager war, der den Kapitalismus unverjöhlich und rücksichtslos bekämpfte. „Der Jude Singer!“ Wieviel näher war er in seiner

unerschöpflichen Herzensgüte dem Jesus der kirchlichen Legende verwandt als alle jene echt germanischen Christen, an deren Händen die Verbrechen der Kinderausbeutung, des Zoll- und Steuerwuchers, der Massenentrechtung, der Rüstungen ohne Ende lieben! Er, der dem Dienste seiner Überzeugung ein ganzes großes Vermögen und eine glänzende gesellschaftliche Position geopfert hat mit allem, was sie heute zu geben vermögen. Singers persönlichen Opferwilligkeit war es in erster Linie zu danken, daß die Berliner Arbeiter 1884 in dem „Berliner Volksblatt“, dem Vorläufer des „Vorwärts“, ein eigenes tägliches Organ erhielten. Viele andere Parteiunternehmungen und Parteialtionen noch hat unser Genosse mit seinen Mitteln ermöglicht oder gefördert. Die Stille hat es verschlungen, aber in dankerfüllten Herzen lebt es weiter, welche freundschaftlicher Helfer er unter dem Sozialistengesetz Gedächten und Gehehten gewesen ist, wie viele Existenzen er aufbaute, welche die Gewalthabenden mit gewissenloser Brutalität zerschmettert hatten. Bis zuletzt ist er trotz mancher bitterer Enttäuschung ein freudiger und zartfühlender Geber geblieben, bei dem die Rechte nie wußte, was die Linke tat.

Paul Singer war unverheiratet geblieben, und wenigleich ihn die herzlichsten Gefühle mit seinen Geschwistern verbanden, so wurde doch das Leben der Partei sein eigenes Leben. Das proletarische Emanzipationsringen gab ihm Inhalt und Ziel, und für seine Erfordernisse hat er sich im großen Kampfe wie in der kleinen, mühseligen, staubigen Alltagsarbeit restlos und uneigennützig bis zum letzten Fünkchen seiner Kraft eingeseht. Wie er noch unter dem Sozialistengesetz die heißesten Schlachten gegen den gemeinsamen Feind als Voranführer und Führer mitschlug, so nahm er auch von Anbeginn an hervorragenden Anteil an den Auseinandersetzungen über Theorie und Taktik im eigenen Lager. Gerade seine entschiedene, unzweideutige Stellungnahme, die ihn damals wie jederzeit später dem linken Flügel der Partei zugesellte, gewann ihm rasch das Vertrauen der Genossen. 1889 wurde er Mitglied des Parteivorstandes, 1896 erwählte ihn der Parteitag zu Halle einstimmig als dessen Vorsitzenden, und seither hat jede Jahrestagung der Sozialdemokratie diese Entscheidung aufs neue bestätigt.

Wie wäre es auch anders denkbar gewesen, angesichts der Fülle und des Wertes seiner Leistungen? Im Parteivorstand mit seinen vielen, oft recht undankbaren Verwaltungsgeschäften, die immer ausgedehnter, immer verwickelter werden, je weitere Kreise das Leben der Partei zieht, mit seinen verantwortungreichen politischen Verpflichtungen, kamen Singers Gaben als erfahrener, nüchtern wägender Großkaufmann und als zielstärkerer politischer Führer glänzend zur Geltung. Dem erstere waren Kleinlichkeitskrämerei und Engherzigkeit fremd, und der letztere sah über das politische Getriebe des Tages hinaus die weiteren Entwicklungslinien und die Anzeichen neuer Erscheinungen.

Singers mehr als 25jährige fleißigste und einsichtsvolle Arbeit im „roten Hause“ der Berliner, in der Stadtverordnetenversammlung, hat viel von seinem besten Herzblut getrunken. Dafür wird sie ein klassisches Beispiel sozialdemokratischer Kommunalpolitik bleiben. In dem großen Haushalt der Stadt Berlin, der mit seinen vielgestaltigen, komplizierten Aufgaben und seinem Dreihundertmillionenbudget an Bedeutung die Verwaltung vieler Bundesstaaten übertrifft, war Singer auf Grund tiefseindringenden Studiums und unablässiger Arbeit daheim wie kaum ein zweiter. Hier erspähte er jeden Zollbreit Boden, den er der kapitalistischen Klassengesellschaft abringen und durch Reformen dem Wohle der ausgebeuteten, leidenden Masse und dem Bedürfnis ihres Emporsteigens aus Nacht zum Licht nutzbar machen konnte. Niemand hat nachdrücklicher und konsequenter als er das Recht der kommunalen Selbstverwaltung und ihre Demokratisierung vertreten. Es gibt kein Gebiet der Kommunalpolitik, auf dem er nicht eifrig Wirkender oder verständnisvoll Anregender gewesen wäre. Singers geradezu erstaunliche Summe positiver, praktisch-schöpferischer Arbeit im „roten Hause“ wurde aber durch eine unverrückbare Achse zu-

sammengehalten und orientiert. Diese Achse war das sozialdemokratische Prinzip. An ihm maß unser Freund alle Einzelerscheinungen, und an diesem großen Maßstab steckte er alle Forderungen ab, die er im Namen der Partei erhob und von Etappe zu Etappe in der gleichen konsequent festgehaltenen Richtung im zähen Kampfe mit den Gegnern zu verwirklichen trachtete. So ist seine kommunale Betätigung ein einziger großer, schlagender Beweis dafür geworden, daß sich die strengste prinzipielle Haltung, die über den Abgrund der Klassegegensätze hinweg einer bürgerlichen Auffassung der sozialen Verhältnisse auch nicht den kleinsten Finger entgegenstreckt, mit der positiven Reformpolitik zum Ringe zusammenschließt; daß gerade die unerhörteste negierende Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, ihren Einrichtungen und Zuständen der kraftstrotzende Mutterboden fruchtbarer praktischer Arbeit bleibt; daß ein zagender Opportunismus keineswegs die unerläßliche Voraussetzung des Vormarsches zu greifbaren Erfolgen ist.

Die aufgezeigten großen, geraden Richtlinien sind auch für Paul Singers Betätigung im Reichstag maßgebend gewesen. Mochte unser Genosse in seiner wichtigen Art Abrechnung mit dem Feinde halten — ganz gleich, wo dieser Feind saß —; mochte er Reformen und Rechte für das Proletariat verteidigen, mochte er die Interessen einer einzelnen Schicht Ausgebeuteter verfechten: seine Reden und Kommissionsarbeiten tragen das unverwischbare Gepräge prinzipieller Klarheit und Festigkeit. Stets war es ihm gegenwärtig, daß die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokratie über den praktischen Augenblickszweck hinweg dem großen historischen Ziele des proletarischen Klassenkampfes dienen muß: der Erweckung und Sammlung der Ausgebeuteten zum Ansturm mit gewaltigeren Schlachtkolonnen und besserem Rüstzeug wider die kapitalistische Gesellschaft. Daher war ihm das Parlament kein politisches Parkett, auf dem sich um kleine Konzessionen techtelmehletn läßt, vielmehr ein Kampfplatz, wo es dem Feinde schrittweise, Speerspitze gegen Speerspitze, Boden zu entreißen gilt. Und wenn Singer in solchem Dingen die Gunst politischer Konstellationen gewiß nicht verschmähte, sondern zu nutzen wußte, so hat er doch auf sie nie überschwengliche Hoffnungen gesetzt und ihnen keine Gelegenheit geopfert, von der Tribüne des Reichstags herab dem werktätigen Volke die Regierung als den politischen Geschäftsausführer der besitzenden und ausbeutenden Klassen und die bürgerlichen Parteien als deren Sachwalter zu zeigen. Der Mittelpunkt seiner parlamentarischen Arbeit und ihre tragende Kraft blieb ihm die Aufgabe, die sozialistische Ordnung im Bewußtsein der Massen vorzubereiten und mithin immer wieder auf die unüberbrückbaren Klassegegensätze hinzuweisen, die als unwiderstehliche geschichtliche Triebkräfte hinter den vielfach verschlungenen und verknöteten Wirrungen des politischen Tages liegen. Mehr als ein kernhafter Satz aus seinen Reichstagsreden wird in der Folge meckendes und werbendes Leben behalten, solange die Sozialdemokratie als die Partei der Habenichtse kämpfen muß.

Singers genaue Kenntnis des Reichsetats war unbestritten wie seine Meisterschaft in der Beherrschung der Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung war ihm ein Bedeutameres als ein Gemenge bürokratisch schulmeisterlich-polizeilicher Vorschriften: ein vorzügliches parlamentarisches Kampfmittel, dessen er sich mit ebenso erfrischend rücksichtsloser Energie als kluger Geschicklichkeit bediente. Viele der Geschäftsordnungsdebatten, in denen unser Genosse sich mit den Gegnern schlug, haben deren Klassenfeindschaft und Klassenhaß gegen das Proletariat so wirksam demaskiert wie eine lange Rede. Ein unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte seines parlamentarischen Wirkens und der Sozialdemokratie bleibt seine großzügige Geschäftsordnungskampagne im Kampfe gegen den Hungertarif 1902, eine Kampagne, die schließlich in den Schlachten um die Geschäftsordnung selbst ihren Höhepunkt erreichte und durch die feige Verräterei der Freisinnigen mit der Herkrümmerung des parlamentarischen Rechts der Würde endete. Mit unvergleichlicher revolutionärer Energie, Brust an Brust mit den Todfeinden hat damals unser Singer für das Brot und das

Recht der Arbeiterklasse gekämpft, und in den Augen des Volkes ist er als Held und Sieger aus dem Plenum gegangen, als ihn die „Strafe“ des Ausschusses von der Sitzung erteilte.

Ein Mann und ein Kämpfer wie Paul Singer, dessen ganzes Wesen auf klare, feste Einseitigkeit und Geschlossenheit gestellt war, mußte naturgemäß an den inneren Entwicklungskrisen der Partei starken Anteil nehmen. Mit besorgtem Ernst, aber ohne aufgeregte Angstlichkeit verfolgte er die geschichtlich bedingten Meinungen, die von rechts oder links her an den Grundätzen der Sozialdemokratie und ihrer darin fest verankerten Taktik rüttelten. Diese Grundätze und diese Taktik waren nach seiner Überzeugung so unzweideutig und ehern in der Wirklichkeit des geschichtlichen Vorgehens und Werdens begründet, daß sie sich immer aufs neue triumphierend durchsetzen mußten, daß sie der gesunde Klasseninstinkt des Proletariats niemals auf die Dauer und bei großen Entscheidungen preisgeben konnte. So kam es, daß — von dem Parteitag zu Magdeburg abgesehen, dem ihn Krankheit fernhielt — Paul Singer stets dabei war, wenn für die Sozialdemokratie die Notwendigkeit auftauchte, in strenger Selbstkritik Selbstverständigung über prinzipielle und taktische Probleme zu suchen. Die ganze Eigenart unseres Freundes schloß es dann aus, daß er einer der lautesten Kräfte im Streit, ein Kämpfer mit leidenschaftlich-dramatischer Gebärde war, dafür aber war sein Eingreifen in die Auseinandersetzungen durch eine markige Wucht gekennzeichnet, aus der Unerstümmlichkeit sprach. Mehr als einmal sind seine Anträge und Reden mit ausschlaggebend dafür gewesen, daß die Schale der Entscheidung sich auf die Seite des „Radikalismus“ geneigt hat. Der ganze aufrechte Mann und seine nicht wankende Glaubensstreue kam darin zum Ausdruck, wenn Paul Singer, die breitschultrige Gestalt schwer auf die Hände gestützt, etwas vornüber geneigt, als gelte es, einem anstürmenden Gegner hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen, Worte prägte, wie den bekannten Ausspruch gegen Bernsteins Revisionismus: „Unser Endziel darf nicht zu einem Familienerbstück werden, das wir in den Silberstein stellen und nur an Feiertagen hervorholen.“ Jedes Anstimmeln zur Kompromisselei mit der bürgerlichen Gesellschaft wies er mit einem Stolz und einer Würde ab, in der das Bewußtsein von der Mission des kämpfenden Proletariats und seiner weltgeschichtlichen Bedeutung lebte. Für das „Entgegenkommen“ seitens der bürgerlichen Welt hatte er das verächtliche Achselzucken des Mannes, der weiß, was diese Welt wert ist, und nie mit der Bedientenhaftigkeit zu ihr emporgeschickt hat.

Singer würdigte gewiß die Einheit und Geschlossenheit der Partei, die in großem Maße auch die Frucht seiner Lebensarbeit war, als ein kostbares Gut, das im Interesse der proletarischen Machtentfaltung nicht angetastet werden dürfe. Allein nicht minder wertvoll dünkte ihm das Festhalten an den Grundätzen des revolutionären proletarischen Klassenkampfes, dessen Polarstern die Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der sozialen Revolution bleibt. Die Auflösung der festgezimmerten inneren grundsätzlichen Einheit der Partei durch opportunistische Gedankengänge war ihm gleichbedeutend mit dem Anfang zum Ende: der Zerlegung auch des äußeren organisatorischen Gefüges der Sozialdemokratie. Mit Stolz trat er als Standarten-träger des „Radikalismus“ vor die Öffentlichkeit.

Unbeschadet seiner prinzipiellen Unbeugsamkeit, ja gerade dank ihrer zog er jederzeit aus gewandelten Umständen die richtigen praktischen Konsequenzen. Ein schönes Zeugnis dafür ist das Wort, das er auf dem letzten preussischen Parteitag an die Mitteilung von der einstimmigen Annahme der Resolution zum Wahlrechtskampfe knüpfte. Es muß im Zusammenhang mit dieser selbst erfaßt werden, die in ihrer entscheidenden Stelle erklärt: „Die preussische Sozialdemokratie wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem Wahlrecht die Bahn brechen, eingedenk der historischen Lehre, daß überlebte Staatseinrichtungen zusammenbrechen müssen, sobald eine entschlossene und opferbereite Volksmehrheit den Kampf gegen das Unrecht aufzunehmen bereit ist. Um einen solchen Wahlrechtssturm nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland zu entfesseln, beauftragt

der Parteitag die preussische Parteileitung, ungefäumt alle Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, den reaktionären Widerstand zu brechen.“ Diesen bedeutsamen Eidschwur unterstrich Singer durch den Satz: „Ich stelle fest, daß mit dieser Beschlußfassung der unverbrüchliche Wille der preussischen Sozialdemokratie ausgesprochen ist, im Sinne dieser Resolution nicht nur zu raten, sondern auch zu taten.“ Wir dürfen diese Worte als unseres Genossen Testament praktischer Politik betrachten, deren Vollstreckerin die Sozialdemokratie sein wird.

Singers hervorragende Begabung, als Vorsitzender auch die stürmischsten Verhandlungen zu leiten, ist auf fast allen deutschen Parteitagen wie auf den Kongressen der Internationale erprobt worden. Sein echt demokratischer Sinn und sein starkes Gerechtigkeitsgefühl verlegneten sich auch in seiner Stellung zur Frauenfrage nicht, diesem Prüfstein vorurteilslosen geschichtlichen Denkens. Paul Singer war jederzeit ein zuverlässiger Kämpfer für die volle Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft und in der Partei. Diese Gleichberechtigung war ihm ein Teil des großen historischen Rechtsbandes der Menschheit, ein Teil, der nur durch den proletarischen Klassenkampf und den Triumph des Sozialismus zum vollen Austrag gebracht werden kann. In klarer Würdigung der grundsätzlichen und praktischen Bedeutung, die hierfür gerade der proletarischen Frauenbewegung zukommt, hat er dieser jederzeit die Wege geebnet. Wenn sie heute ihr eigenes Organ besitzt, so ist das in großem Umfang auch Singers Beistand zu verdanken. Wie viele andere Kapitel des Parteilebens noch könnten wir aufschlagen, die von seinem weitsichtigen Wirken melden!

Nicht die Gemeinsamkeit des Zieles und Weges allein läßt die sozialistische Internationale zusammen mit dem deutschen Proletariat am Grabe dieses Aufopfernden trauern. Sie hat in ihm einen ihrer Begründer und Führer verloren. Unter großen äußeren und inneren Schwierigkeiten half Singer 1889 in Paris die neue Internationale zusammensfügen. In den Stürmen, in denen es sich um die grundsätzliche Basis, die taktischen Straßen des einen revolutionären Weltproletariats ging, setzte er seine volle Kraft gegen die beiden innerlich verwandten Extreme ein: den revolutionär schillernden, unfruchtbaren Anarchismus und den praktisch irrlüsterierenden knochenweichen Opportunismus. Unzweideutig und ohne jedes Schwanken war so zum Beispiel seine Haltung in dem Meinungsstreit über den Ministerialismus, in dem so viele scharfe, glänzende

Geister die Richtung verloren. International wie national wider setzte er sich mit der ganzen Macht seiner Überzeugung jedem Versuch einer Trennung zwischen dem weltgeschichtlichen Endziel des proletarischen Klassenkampfes, der sozialistischen Ordnung, und der praktischen Kleinarbeit des Werttags. Er erfaßte und wertete sie beide in ihrer organischen Verbindung, dank deren das stille, unscheinbare Alltagswirken dem leuchtenden Zukunftsideal reifige und frohe Streiter stellt, und dieses Zukunftsideal dem Alltagswirken fruchtbare Kraft, Richtung und Adel gibt.

Eine hochragende Charaktergestalt, steht Paul Singer in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, der Internationale. Seines Wesens Eigenart machte ihn zu einem der Erbauer unseres stolzen Parteischißes, aber auch zu einem seiner richtungsfesteren Steuermänner. Einem getreuen Eckart gleich hat er den Entwicklungsgang, den Triumphzug der sozialistischen Bewegung begleitet. Inmitten des kleinen Tagesgetriebes und des heftigsten Kampfgetümmels sind die Hände dieses Uneigennütigen rein geblieben wie seine Gefinnung. In seiner Persönlichkeit, seinem Wirken ist die große geschichtliche Tradition der Sozialdemokratie lebendig geblieben. Paul Singer ist die ideale Verkörperung des modernen demokratischen Gedankens, der mit dem Aufkommen der bürgerlichen Gesellschaft geboren, mit ihrer Entfaltung unter die Speere des Klassenbewußten Proletariats flüchten muß, die Fleisch und Blut gewordene Tatsache, daß der höchstgerichtete Idealismus Bürgerlicher sich heute am fruchtbarsten dann ansieht, wenn er sich mit der Konsequenz der Logik und dem Mute der Konsequenz zum sozialistischen Bekenntnis durchringt. Viel von der besten, unerschütterlichen Glaubensstärke und Glaubensfreudigkeit des Prophetentums seiner Klasse ist in ihm wirksam gewesen und hat ihn immer wieder aus den grauen Niederungen des Alltags auf jenen sonnigen Höhe gestellt, von dem aus der echte Bekenner verheißenes Land erschaut. Ein großer, einheitlicher Zug geht durch sein Wesen, und seines Lebens Werk ist festgefügt wie ein Block Granit. Wie oft werden wir diesen Einfachen und Großen vermissen, der zugleich ein Guter war! Doch nicht müßige Trauer ziemt den Freunden, ziemt den Trägern der Sache, der er sein Herzblut bis zum Letzten gegeben hat. Lassen wir stolz die Fahne wehen, die Paul Singer so oft der deutschen Sozialdemokratie im Kampfe vorausgetragen hat.

Inhaltsverzeichnis.

Paul Singer. — Der erste sozialdemokratische Frauentag in Deutschland. Von Luise Zieg. — Frauenfrage und Sexualverbrechen. Von Edmund Fischer. — Bei den englischen Kettenmacherinnen. Von Fritz Kummer. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Verta Wünsche-Regensburg † — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die Gewerkschaftsbewegung unter den französischen Arbeiterinnen. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizen: Diensthofenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Der erste sozialdemokratische Frauentag in Deutschland.

Unsere Genossinnen sind durch eine Reihe von Notizen der „Gleichheit“, durch Artikel der Parteipresse und durch das Zirkular des Parteivorstandes unterrichtet, daß der 19. März für den „Frauentag“ in Aussicht genommen ist, der auf der Zweiten Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen zu Kopenhagen für die Wahlrechtspropaganda beantragt war.

Die sozialdemokratische Partei, die einzige politische Partei, die in ihrem Programm das Frauenwahlrecht fordert, die jederzeit draußen in den Massen und in den Parlamenten mit allem Nachdruck und Eifer für die Durchsetzung dieser Forderung wirkte, wird jetzt die erste, großzügige Propaganda für das Frauenwahlrecht im ganzen Reiche am 19. März veranstalten.

Die Gewerkschaften, die das lebhafteste Interesse nicht nur an der Erringung des politischen Frauenwahlrechts haben, sondern vor allem auch an der des Wahlrechts zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten und zu den sozialen Versicherungskörperschaften, werden in weitestgehender Weise diese Aktion unterstützen.

So getragen von der großen Gesamtarbeiterbewegung, wird die Veranstaltung zu einer gewaltigen Demonstration für das Frauenwahlrecht werden. Man denke nur: In allen Orten Deutschlands, in denen von einer proletarischen Frauenbewegung die Rede sein kann, werden an einem Tage, am 19. März, die Frauen in Versammlungen zusammenströmen, um laut und nachdrücklich ihren Rechtsanspruch auf das Wahlrecht und die Notwendigkeit seines Besitzes nachzuweisen; werden sie ihre politische Rechtlosigkeit, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit, ihre Armut, den Grad ihrer Ausbeutung dem weiten Kreise ihrer gesellschaftlichen Pflichten gegenüberstellen, ihrer Bedeutung im Produktionsprozeß und für die Fortpflanzung und Erhaltung der Art; werden sie, sich im Geiste die Hand reichend, versprechen, nicht nachzulassen im Kampfe, bis das Wahlrecht auf breiter sozialistischer Grundlage errungen ist. Und die Männer des Proletariats werden bei dieser Willenskundgebung nicht fehlen. Troh dem somit eine imposante Demonstration ohne weiteres gesichert ist, haben „Gleichheit“ und Parteipresse sich dennoch besonders an die Genossinnen gewandt und sie zur intensivsten Voragitation aufgefordert. Das hat zu mißverständlichen Auffassungen Anlaß gegeben, die sich in einer Anzahl von Zuschriften an das Frauenbureau äußerten. Da wurde

angefragt: ob der Frauentag nicht als Konferenz gedacht sei. Oder: ob der Frauentag denn nicht von der Parteiorganisation veranstaltet werde, wenn ja, warum denn die besondere Auf- forderung an die Genossinnen? Von dritter Seite wollte man wissen, ob denn genügend weibliche Referenten vermittelt werden könnten, wenn an einem Tage überall Versammlungen sein sollen und anderes mehr.

Zur Klarstellung möchten wir deshalb folgendes sagen: Natürlich ist der „Frauentag“, wie aus dem Besagten deutlich hervorgeht und was auch in allen bisherigen Publikationen ausdrücklich betont wurde, eine Veranstaltung der Partei, wie wir, seit dem organisatorischen Zusammenschluß der Genossinnen und Genossen, überhaupt nur Parteiveranstaltungen zum Zwecke der Frauenagitation und -demonstration haben. Mit einer Frauenkonferenz hat der „Frauentag“ durchaus nichts zu tun, sondern an diesem Tage, am 19. März, sollen lediglich überall, im ganzen Reiche Versammlungen fürs Frauenwahlrecht stattfinden, deshalb: „Frauentag“; denn um die Sache der Frauen, um ihr Bürgerrecht handelt es sich bei diesen Veranstaltungen. Und weil es sich im besondern um die Sache der Frauen handelt, haben „Gleichheit“ und Parteizeitungen die Genossinnen nochmals besonders ange-spornet, bei dieser Veranstaltung und den dazu nötigen Vorarbeiten ihre ganze Kraft der Organisation zur Verfügung zu stellen, nichts unversucht zu lassen, damit die Aktion um so mehr eine der großen sozialdemokratischen Partei und den mächtigen Gewerkschaften würdige werde. Es war ferner, namentlich in der Parteipresse, ausdrücklich betont: Es kann uns nicht genügen, daß am 19. März die Genossinnen demonstrieren, sondern durch Flugblattverbreitung — die ja wiederum durch die Organisation erfolgt — und durch mündliche Agitation bei den Laien und Indifferenten müssen diese auf-gerüttelt, für die Aktion interessiert werden, damit auch sie zu Trägern der Forderung und — zu organisierten Kämpferinnen für sie werden. Diese mündliche Agitation unter den Indifferenten, seien es Mitarbeiterinnen im Betrieb, seien es Mitbewohnerinnen des Hauses, seien es Bekannte oder Verwandte: das ist eine spezielle Aufgabe unserer Genossinnen, die sie täglich, stündlich, zu jeder Zeit neben jener innerhalb der Organisation erfüllen sollen. Außer der Aufklärung über die grundsätzliche Bedeutung und den praktischen Wert des Frauenwahlrechts muß dabei vor allem darauf hingewiesen werden, daß es den Kampf um diese Forderung gilt, der persönliche Opfer fordert. Wenn zum Beispiel lokale Verhältnisse es bedingen, daß schon mittags oder am frühen Nachmittag des 19. März die Versammlungen stattfinden, so müssen die Frauen ihre Hausmutterpflichten zurückstellen und an diesem Tage vor allem ihre Bürgerpflichten erfüllen. Muß auch einmal das Haus halb aufgeräumt oder flüchtig aufgeräumt bleiben, gibt es auch kein warmes Mittagbrot oder muß das Geschirr vom Mittagessen ungepült bleiben: an diesem Tage ist es in erster Linie Pflicht, die Versammlung zu besuchen, für unser Wahlrecht zu demonstrieren. Wo kleine Kinder sind, die der Beaufsichtigung bedürfen, sollten die Frauen sich mit ihren Männern verständigen, daß diese sich ein paar Stunden „ganz ihren Vaterfreunden hingeben“, daß sie die Aufsicht der Kleinen übernehmen. Nur schwere eigene Erkrankung oder die notwendige Pflege eines Schwerkranken ist zulässiger Entschuldigungsgrund für das Fehlen an den 19. Märzversammlungen.

Eine mündliche Aufklärung in diesem Sinne, dazu eine Flugblattverbreitung von Haus zu Haus — das Flugblatt, das der Parteivorstand dazu herausgibt, und das schon dieser Tage bezogen werden kann, wird den finanzschwachen Kreisen auf Antrag bekanntlich gratis gegeben — ist eine glänzende Voragitation, die nicht nur eine wichtige Demonstration am 19. März gewährleistet, sondern gleichzeitig eine gute Vorbereitung zur Reichstagswahl darstellt.

Nun zu den rednerischen Kräften des „Tages“. Gewiß ist es gut, wenn soweit wie möglich Frauen reden, da aber die Zahl der Rednerinnen für eine Aktion im ganzen Reiche bei

weitem nicht ausreicht, werden natürlich in vielen Versammlungen Genossen reden müssen, und auch das ist gut. Denn so wie die ganze Aktion eine Aktion der Partei ist, müssen auch die Kräfte der Partei gemeinsam an ihrer Verwirklichung und ihrem Gelingen arbeiten. Haben unsere Genossen in den Parlamenten und den Volksversammlungen bisher die Forderung des Frauenwahlrechts vertreten, werden sie es gewiß ebenso gern und ebenso wirksam am 19. März in unseren Versammlungen tun. Das zur Aufklärung. Und nun Genossinnen, an die Arbeit! Tut das eure, damit der 19. März eine glänzende Demonstration fürs Frauenwahlrecht, ein stolzes Bekenntnis der Proletarierinnen zum Sozialismus werde!

Luisa Zieg.

Frauenfrage und Sexualverbrechen.

Die spezifischen Sexualverbrechen (Verbrechen geschlechtlicher Art), denen im wesentlichen Mädchen und Frauen zum Opfer fallen, nehmen mit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu und treten auffälliger als je in die Erscheinung, was allein schon auf die bedeutsame Rolle hinweist, die soziale Umstände hier spielen. Frauen kann deshalb auch nur auf dem Wege entgegengewirkt werden, der zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft führt, die die Grundlage für eine gesunde Entwicklung des einzelnen und für normale Beziehungen zwischen den Geschlechtern, für eine gesunde Befriedigung des sexuellen Trieblebens schafft. Außerordentlich interessant ist es nun, daß der bekannte Kriminalpsychologe Dr. Erich Wulffen zur Bekämpfung der Sexualverbrechen Forderungen aufstellt, die sich fast durchweg mit dem decken, was die proletarische sozialistische Frauenbewegung, das heißt also die Sozialdemokratie, in bezug auf die wirtschaftliche, soziale und politische Stellung des weiblichen Geschlechts erstrebt. Es geschieht dies in Wulffens letztem Werk „Der Sexualverbrecher“* und nach eingehenden Untersuchungen eines weitreichenden Tatsachenmaterials und auf Grund vorliegender wissenschaftlicher Forschungen über die Ursachen der Sexualverbrechen. Die Zugeständnisse, zu denen der Verfasser dieses Buches kommt, sind um so beachtungswürdiger, als Herr Dr. Wulffen Staatsanwalt in Dresden ist, und man von einem deutschen Staatsanwalt im allgemeinen keine vernünftigen Anschauungen erwartet.

Wulffen ist ein Schüler Wundts, und so erklärt er nach diesem das Wesen der Verbrechen auf Grund der physiologischen Psychologie in Verbindung mit der sozialen Umwelt, das heißt er nimmt für die Verbrecher eine anormale körperlich-geistige Veranlagung an, die durch die umgebenden gesellschaftlichen Verhältnisse genährt und entwickelt, in bestimmte Richtungen gedrängt wird. Wir sehen an dieser Stelle von einer kritischen Besprechung des Werkes ab, das in mehr als einem Punkte den Widerspruch herausfordert, sondern beschränken uns darauf, zu reservieren. Der Sexualtrieb ist nach Wulffen der stärkste der menschlichen Triebe, aber auch das wunderbarste Element, das individuelles, körperliches und psychisches Leben im wahren Sinne des Wortes aufbaut, der letzte allgemeine Träger der höchsten geistigen Errungenschaften der ganzen Menschheit. Die Geschlechtlichkeit bedeutet also nach seiner auf die Spitze getriebenen Auffassung, die die Begriffe überspannt, nicht nur die Artreifehaltung des Menschen im Wege der Fortpflanzung über Hunderttausende von Jahren hinaus, sondern weit mehr. Das echte und beste Menschentum ist nach Wulffens Überzeugung immer Geschlechtlichkeit. Die traurigen sozialen Zustände haben aber eine Entartung des sexuellen Trieblebens erzeugt; der Sexualtrieb wurde durch sie vielfach in falsche Bahnen gelenkt. Die sozialen Zustände und falschen Sittlichkeitsbegriffe, welche die Geschlechtlichkeit zur „Sünde“ stempeln, lassen ein ungesundes Sexualleben entstehen und hindern die normale Befriedigung des Geschlechtstriebs. Der irgeleitete und unterdrückte Sexualtrieb

* Enzyklopädie der modernen Kriminalität. Band VIII: Dr. Erich Wulffen, Der Sexualverbrecher. Preis 18 M., gebunden 20 M. Verlag Dr. W. Langenscheidt, Berlin-Großlichterfelde, 1910.

kommt dann in den Sexualverbrechen zum Ausdruck. Unser Genosse Lafargue habe insoweit recht (in der „Neuen Zeit“), „daß der moderne kapitalistische Staat die Sittlichkeitsverbrechen fördere. . . Die anstrengende Arbeit der Eltern, insbesondere auch der Mutter, schädigt das Kind oft schon vor der Geburt. Ungenügende Nahrung, Wohnung, Pflege lassen das Neugeborene nicht gedeihen. Ein Heer von Schwachsinigen, Hysterischen, Epileptikern, schweren Neurasthenikern, chronischen Alkoholikern, alle zur allgemeinen Verbrechensverübung und zur Begehung von Sittlichkeitsdelikten im besonderen bereit, wächst in den Industriezentren empor.“ Auch die frühe industrielle Arbeit schädigt nach Wulffen das Nervensystem der Jugendlichen und löst bei ihnen eine frühe sexuelle Reizbarkeit aus, die leicht mit einer Geneigtheit zu Vergehen und Verbrechen zusammenschließt. Die mangelnde Möglichkeit normaler sexueller Befriedigung ist für die Häufigkeit der Sittlichkeitsverbrechen von großem Einfluß. Die Gefängnisstrafe gegen Sexualverbrecher vergrößert das Übel nur, da die Einsperrung den Sexualtrieb noch mehr irreleitet. Der Staatsanwalt Wulffen gelangt zu dem Schlusse, es gelte nicht, zu strafen, sondern zu heilen. Und wie die sozialen Zustände in ursächlichem Zusammenhang mit dem Sexualverbrechen stehen, so muß ihnen auch durch die Beseitigung der sozialen Übel entgegengewirkt werden durch Beseitigung der sozialen und aus dieser kommenden sexuellen Not.

In seinem großen Werke über die „Psychologie des Verbrechers“ hatte Wulffen bereits der „sozialen Evolution“ das Wort geredet und seine Hoffnung auf den Sozialismus gesetzt. „Ich hoffe,“ schrieb er da (Seite 83 und 84, Band II), „daß der soziale Staat kommen werde, welcher jedem Arbeitsfähigen ein Recht und eine Pflicht zur Arbeit und ein Recht auf den vollen, auskömmlichen Arbeitsertrag zuerkennen werde, womit nicht alle Verbrechen . . . verschwinden, wohl aber eine ganz wesentliche Milderung der Kriminalität eintreten werde.“ In seinem letzten Werke hat Wulffen es im wesentlichen nur mit der Untersuchung des Geschlechtslebens und der Bekämpfung der Sexualverbrechen zu tun, und das führt ihn ganz selbstverständlich auch auf das Gebiet der Frauenfrage. Die Probleme der Ehe, der Frauenarbeit, der Prostitution, der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stellung des Weibes sind Gegenstand seiner Untersuchung.

Die zukünftige Gestaltung der Ehe, so betont Wulffen, steht in engem Zusammenhang mit dem Auftreten sexueller Verbrechen, sie muß so beschaffen sein, daß sie der Entwicklung des Geschlechtslebens dient. Doch hören wir Wulffen selbst: „Eine leichtere, für die Beteiligten weniger verletzende Lösbarkeit der Ehe muß gesetzlich gestattet werden. Der Gesetzgeber ist auch hier, wie immer, ein schlechter Psychologe. Er fürchtet, durch leichtere Lösbarkeit die Eheinstitution zu erschüttern, und weiß nicht, daß der Zwang — der gesetzliche, der staatlich sanktionierte, gesellschaftliche — die Gemüter erbittert, während Gewährung einer gewissen Freiheit von jeher das beste ethische Erziehungsmittel war.“ Der Staat muß ferner, so fordert Wulffen, dem weiblichen Geschlecht die Möglichkeit bieten, eine höhere geistige Ausbildung zu erwerben. Und er fordert im Hinblick auf gesündere Eheverhältnisse noch mehr: „Die Arbeitszeit des Proletariats wird — auch aus anderen Gründen — abzukürzen sein, damit auch er die Möglichkeit zur Verinnerlichung seiner Ehe findet. . . Der Fortschritt der Industrie und die Arbeitsteilung werden unter Steigerung der ehemännlichen Einkünfte die Ehefrau von der häuslichen Arbeit innerhalb gewisser Grenzen entlasten, so daß sie neben der Kindererziehung einem eigenen Beruf nachgehen kann.“ Allein Wulffen ist der Meinung, daß auch eine entsprechend umgestaltete Ehe dem Ideale einer Geschlechtsgemeinschaft zwischen Mann und Weib noch nicht voll entsprechen werde. „Hierzu fehlt noch immer die zu sehr an Paragraphen gebundene Freiheit und Gleichberechtigung der beiden verbundenen Individuen. Wahre Freiheit, aus der immer und überall das Größte und Beste erwuchs, könnte nur in einer wirklich freien Geschlechtsgemeinschaft gedeihen.“ Die „freie Ehe“ wird nach Wulffen auch soziale Erleichterungen bieten. Die Eheleute

brauchten nicht unter allen Umständen einen eigenen Haushalt zu gründen. Beide könnten vielmehr ihrem Beruf nachgehen, aber da sie früher zur ehelichen Verbindung kämen, so würden dadurch zahlreiche Verbrechen verhütet, die auf sexueller Basis entstehen.

Was Wulffen in dieser Hinsicht über die „freie Ehe“ sagt, entspricht ungefähr den Ausführungen, die Forel in seiner „Sexuellen Frage“ macht, wo er Maßregeln erörtert, die der Masturbation, Prostitution und Sexualverbrechen entgegenwirken können. Die Menschen sollen, so legt Wulffen dar, nach Beginn der Geschlechtsreife auch geschlechtlich verkehren, und jeden geschlechtlichen Verkehr aus Neigung betrachtet er als Ehe. Er glaubt, in einer solchen freien Ehe werde die Frau eine größere Freiheit dem Manne gegenüber erlangen. „Die freie Ehe würde auch soziale Erleichterungen bieten. Die Eheleute brauchen gar nicht unter allen Umständen, namentlich solange Kinder fehlen, einen neuen, mit vergrößerten Kosten verbundenen Haushalt zu gründen. Jeder Beteiligte könnte, wenigstens eine Zeitlang, in seinen alten Verhältnissen bleiben, so die Frau bei den Eltern wohnen, jeder Teil könnte seinem bisherigen Beruf, zum Beispiel die Lehrerin, die Ladenangestellte usw., nachgehen. Hierdurch würde viel wirtschaftliche Not vermieden. Die Eheschließung könnte einige Jahre früher als sonst stattfinden. Die staatliche Ehe des Proletariats, die ja bekanntlich sehr zeitig geschlossen wird, ist, wie wir gesehen haben und noch weiter sehen werden, aus anderen Gründen keine glückliche. Viele Mädchen, die jetzt nicht zur Heirat gelangen und deshalb nur unter Opferung ihrer gesellschaftlichen Ehre sich den Geschlechtsgenuß verschaffen können, würden seiner dann unter Anerkennung seitens der Gesellschaft teilhaftig werden. Wenn ich die Geschlechtschre den kriminellen Talisman des Weibes genannt habe, so würde die in eine anerkannte freie Ehe tretende Frau ihre Geschlechtschre ja behalten. Ihre verletzte Geschlechtschre würde also nicht so leicht wie jetzt die Verbrechensverübung nach sich ziehen, der junge Mann, der zeitiger zu geregelterm Geschlechtsverkehr käme, vermiede die Onanie und die Prostitution, er erhielte seine Gesundheit, sein Einkommen und gelänge ebenfalls nicht so häufig wie jetzt aus unbefriedigter Sexualität zum Verbrechen. So hat die Frage nach der künftigen Gestaltung der Ehe und der gesellschaftlichen Anerkennung der sogenannten freien Ehe einen engen Zusammenhang mit der Verbrechensverübung.“

Wulffen zeigt — und er verfügt über ein reichhaltiges Material aus seiner Praxis als Staatsanwalt! —, wie die heutigen Zustände und eine verkehrte Gesetzgebung zu Kindesmord, Abtreibung usw. führen. Er verlangt die Aufhebung der Bestrafung des Konkubinars, die rechtliche Gleichstellung der sogenannten unehelichen Kinder mit den ehelichen, aber auch die weitestgehende staatliche Fürsorge für Mutter und Kind. „Dem Weibe bleibt mit der Schwangerschaft und Niederkunft, durch die sie ihr Leben aufs Spiel setzt, doch gerade genug zu tragen übrig“, ruft er im Hinblick auf die Einwände aus, die gegen diese Forderung erhoben werden.

Wulffen redet auch einer Beschränkung der Kinderzahl das Wort, wenigstens solange die heutigen gesellschaftlichen Zustände bestehen. Es sei nicht zu vergessen, meint er, daß die hohe Kindersterblichkeit mit bedingt werde durch die hohe Kinderzahl, „weil eben bei der Masse von Kindern in den Proletariatsfamilien das einzelne Kind nur wenig sorgsam gepflegt werden kann“. Es sei nicht richtig, immer nur mit Zahlen zu operieren und zu sagen: Der Staat braucht Menschen, gleichgültig, was sie leisten. „Die Proletariatsfrau soll nach Meinung dieser Leute nicht die Empfängnis verhüten, sie soll das Kind nicht töten; sie soll vielmehr gebären, mindestens sechs, am liebsten acht bis zehn Kinder. Denn der Staat braucht Menschen. Aber derselbe Staat gibt dem Proletarier keinen Pfennig dazu, wenn es gilt, diese Anzahl Kinder aufzuziehen, sie etwas lernen zu lassen, ihnen ein späteres Fortkommen zu sichern. Das uneheliche Kind wird gebrandmarkt, die Abtreibung und die Kindes-tötung werden mit entehrenden Strafen bedroht und ebenso die

gesamte gemeine Kriminalität, die aus der wirtschaftlichen Not oder Bedürftigkeit hervorgeht." Gedankengänge dieser Art führen Wulffen zu dem Schlusse, daß eine Abnahme der Geburten der Gesellschaft nicht schade, und daß dem Proletarier die Konzeptionsverhütung ebensowenig zu verübeln sei, „wie sie die Besitzenden ausüben“.

Wulffen predigt übrigens der Arbeiterklasse nicht den Neumalthusianismus als Altheilmittel, das dem Werte von sozialen Reformen gleichtame. Er empfiehlt den einzelnen die Verhinderung der Empfängnis als Mittel, besondere ungünstige Umstände zu überwinden.

Wulffen anerkennt durchaus die sozialen Wurzeln und Zusammenhänge der heutigen Prostitution und bezeichnet diese als „eine kapitalistische im engeren Sinne. Das Weib wird in den am meisten gefährdeten Stellen nicht so bezahlt, daß es seinen Lebensunterhalt bestreiten könnte.“ Wirtschaftliche Not oder wenigstens Bedürftigkeit treiben viele der Prostitution, erst der heimlichen, dann der öffentlichen in die Arme. Angesichts dessen verlangt er: „Wir müssen die Frauen, namentlich die der gefährdeten unteren Volksschichten, zu sozialen Staatsbürgern machen.“ Er fordert weiter, daß die industrielle und sonstige freie Frauenarbeit auskömmlicher zu lohnen sei. „Die den Frauen zu bietende Gelegenheit zur besseren und vollkommensten geistigen Ausbildung hat die völlige, jetzt immer nur erst dem Scheine nach vorhandene soziale, wahrscheinlich auch politische, Gleichstellung des Weibes mit dem Manne zu erzielen, welche jenes verhindern soll, ihm als käufliches, bloßes Sexualobjekt zu dienen.“

Es ist nichts Neues, was Herr Dr. Wulffen sagt. Aber daß dieser emsige und anerkannte Forscher auf Grund eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen und seinen Erfahrungen als Staatsanwalt zu solchen Resultaten kommt, verdient Beachtung. Denn Wulffen stellt seine Forderungen auf, weil seiner ersten Überzeugung nach durch ihre Verwirklichung den Sexualverbrechen gesteuert werden kann. Den Abschnitt über die Prostitution läßt dieser Staatsanwalt mit dieser Auflage gegen die heutige Gesellschaft ausklingen: „Das traurige Kapitel der Prostitution schließt aber auch das letzte Glied in der Kette einer anderen, jener furchtbaren sozialen Wahrheit. Der Proletarier schlägt im Kriege die Schlachten. Er bestellt im Frieden den Acker, baut die Straßen und Städte, schafft mit seiner Hand die Ware, die er auf Mätern und Schiffen über die Erde führt. In ruhelosem Zeugen und Gebären erneuern er und sein Weib stetig die markige Volkskraft. Mit den Leibern seiner Frauen und Töchter stillt er die sexuelle Unerfülltheit der Männer seines Volkes. Und zum Lohne für alle Opfer und Entbehrungen trägt er überdies zum größten Teil — ein moderner Atlas — mit seinem Leibe und seiner Seele die Kriminalität seiner Nation!“

Es ist dies nichts anderes, als was in anderen Worten die Sozialdemokraten immer gesagt haben. Und da Wulffen auch im wesentlichen zu Forderungen kommt, die bisher fast nur von der Sozialdemokratie vertreten worden sind, so bestätigt dieser Staatsanwalt, daß gegen die Verbrechen im allgemeinen und die Sexualverbrechen im besonderen nur angeklämpft werden kann auf dem Wege, auf dem die Sozialdemokratie vorwärts schreitet und der über Reformen der heutigen Ordnung hinaus zur Verwirklichung der sozialistischen Ideale führt.

Edmund Fischer.

Bei den englischen Kettenmacherinnen.

Träge fährt der Zug an ärmlichen Fabrikdörfern, qualmenden Eisenwerken und pechschwarzen Bechen vorüber. Die städtische Wüstenei Birmingham liegt zwar schon längst hinter uns, aber die Trostlosigkeit der Gegend will nicht weichen. Menschen, Landschaft und Behausungen tragen die Naturfarbe des Fabrikrauches. Die Sonne scheint den Versuch ausgegeben zu haben, die massive, drückende Qualmdede zu durchdringen.

Bei der Einfahrt in die Stationen wird der Zug mit lautem, freudigem Hallo begrüßt. Ungewöhnlich reges Leben herrscht heute auf den Bahnhöfen. Die schmalen Bahnsteige sind mit

Bündeln, Koffern, Säcken und Hausgeräten überladen. Frauen jeglichen Alters mit Säuglingen in den Armen stehen schwachend am Bahndamm; Jungen und Mädchen springen jubelnd zwischen den aufgestapelten Habseligkeiten herum. Trüge dieses Volk bunte Kleidung, wären die Gesichter nicht so schrecklich blaß, abgehärtet und blutleer, so könnte man glauben, es seien galizische oder polnische Auswanderer, die vor der Einschiffung stehen.

„Sind das Auswanderer?“ fragte ich einen Mitreisenden. — „Nein, sie fahren nur nach Worcester, aufs Land.“ — „Zum Sommeraufenthalt?“ — „Nein, zum Hopfenpflücken.“ — „Das wird wohl gut bezahlt?“ — „Eher noch schlechter als die Fabrikarbeit hier, aber die Leute gehen jedes Jahr und gerne dorthin, weil's die einzige Möglichkeit für sie ist, aufs Land hinauszukommen.“

Nach fast einstündiger Fahrt meldet ein verräuchertes Brett: Cradley Heath. Der schwärzeste Punkt des „Schwarzen Landes“ ist erreicht. Vom Bahnhof aus will es scheinen, als ob der Ort nicht so schlecht sei, wie ihn die Kunde malt. Die holprige, staubige Landstraße, die zum Dorfe führt, ist fast unbelebt, Maschengeräusche ist kaum zu hören, und nur wenig rauchende Schornsteine sind zu sehen. Aber diese Ruhe ist, wie ich gleich erfahren sollte, nur zufällig, zeitweilig: Es herrscht Streik in den Ketten Schmieden!

Die englischen Fabrikstädte sind zum größten Teil äußerst schmutzige, scheußlich verräucherte Steinwüsten, unwiderlegliche Zeugen verbrecherischer Nachlässigkeit und Proflitwut der herrschenden Klasse, beschämende Beweise der sträflichen Gleichgültigkeit der Arbeiterklasse. Ist Sheffield — der Hauptort der Metallwarenindustrie — der Typus einer englischen Fabrikstadt, so ist Cradley Heath der Typus eines Fabrikdorfes: Zwei Reihen ein- oder zweistöckige Backsteinbauten mit schmudlofen Kaufläden bilden die Hauptstraße. Auf Anstrich und dekorative Gestaltung der Fassaden dieser Häuser haben die Erbauer großmütig verzichtet. Den aus schlechtestem Material zusammengefügte Behausungen haben nur Wetter, Rauch und Zeit ihr Gepräge aufgedrückt. Hier und da unterscheidet sich ein Haus von seinen Nachbarn dadurch, daß seine Ecken und Eingänge noch mehr ausgebrochen und verschliffen sind als bei den übrigen. Und das ärmlich garnierte Innere des „süßen Heims“ hat der Reize auch nicht viele. Straßenniveau und Zimmerboden bilden eine Fläche. Die Engländer halten sich für die praktischsten Menschen von der Welt. Und daß sie damit nicht unrecht haben, konnte ich in Chesterfield sehen. Dort ist zuweilen der Zimmerboden nur eine Verlängerung des Straßenpflasters.

In Cradley Heath erweitern sich die engen Seitengassen zu Back Yards, zu Hinterhöfen, die eingefast sind von proletarischen Behausungen. In der Mitte stehen kleine, windschiefe, oft halbzerfallene oder in den Boden hineingesunkene Buden mit spitzem Giebeldach: die Ketten schmieden. Diese Schmieden mieten die Arbeiter mit ihrer Wohnung (oder getrennt) von einem Zwischenmeister oder Unternehmer. Hohe Aschenhaufen umgeben die Ketten schmieden wie Bollwerke und dienen der jungen Brut der Kettenmacherinnen als Spielplatz. Die Höfe sind mit Unrat und Schlackenhaufen überladen. Während die Mutter oder Schwester nebenan in äußerster Hast hämmert, schweiß und den Blasebalg zieht, sitzen die Kinderchen aus dem Urathausen schreiend und spielend, oder sie probieren den Geschmack der Schlacken und wühlen sich immer tiefer in die Aschenhaufen hinein. Das Auge der Mutter wacht hinter den vergitterten Fensteröffnungen. Selten jedoch nimmt sie sich die Zeit, die Schreihälse aus dem Treibsand der Aschenhaufen heraus auf festen Boden zu setzen. „Time is money!“ Zeit ist Geld! Noch gebieterischer als Kinderstimmen rufen Blasebalg, Hammer und Amboß.

Im „Schwarzen Lande“, dessen Zentrum Cradley Heath bildet, wird der größte Teil der leichteren englischen Ketten gemacht. Diese Ketten werden von Frauen, Mädchen und Jungen so billig hergestellt, daß selbst eine rationell arbeitende elektrische Ketten schweißmaschine dem Unternehmer noch zu teuer kommt.

Die Kettenmacherinnen kommen als Babies in die Schmieden, als Kinder lernen sie den Beruf, und im Laufe der Zeit eignen sie sich eine wunderbare Geschicklichkeit — und asiatische Bedürfnislosigkeit an. Die Jungen ersehen den Zeitpunkt, wo sie fähig sind, das erste Kettenglied zu schweißen, und noch mehr erwünschen ihn die Alten; die Kinder wünschen den Ablieferungstag herbei, an dem sie den ersten Zentner Ketten als Wochenarbeit abliefern können, und noch viel inbrünstiger ersehen ihn die Eltern. Aber noch ehe die Mehrzahl der Mädchen diesen Gipfel ihres Ehrgeizes erreicht hat, ist ihre Jugend dahin und ihre Gesundheit für immer zerstört.

An der fertigen Kette sieht so ein Glied aus wie das einfachste Ding von der Welt. Wieviel Geschick, Mühe und Sorgfalt die Herstellung dieses unscheinbaren Dinges erfordert, weiß nur der Schmied. Das Schweißen besonders verlangt volle Aufmerksamkeit, denn die schwerste Kette ist nicht stärker wie ihr schwächstes Glied. Jedes einzelne Glied heißt eine Notwärme, eine Schweißhitze und dreißig bis fünfzig Hammerschläge. Von einer bestimmten Sorte Ketten kann eine geschickte Arbeiterin bei äußerster Anstrengung in einer Stunde einen Meter machen. Ein Meter von dieser Kette heißt für die Arbeiterin acht Pfennig, wenn es hoch kommt zwölf Pfennig. Sojanna, wenn am Ende des zwölfstündigen Arbeitstags zwölf Meter am Boden liegen, denn das bedeutet eine Mark Verdienst. Ist dann Werkstattmiete, Kohle und Werkzeug bezahlt, so bleiben am Sonnabend noch vier ganze Mark im Beutel. Und das für eine 72stündige Fron!

Um zwei Zentner von einer bestimmten Sorte Ketten in einer Woche zu produzieren, müssen 5000 Glieder abgehauen, gebogen, geschweißt und gerichtet werden, dabei ist der Blasebalg zu ziehen, Kohle aufzuschaukeln und das fertige Produkt abzuliefern. Für zwei Zentner Kette von dieser Sorte — die Höchstleistung einer sehr geschickten Arbeiterin in einer Woche — erhält die Arbeiterin zehn Mark. Davon sind noch die Miete für die Werkstatt, der Verschleiß des Werkzeugs, die Kosten für die Kohlen und den Transport des Rohmaterials und des fertigen Produktes abzuziehen. Mit diesem Wochenlohn tritt die Kettenmacherin in die Aristokratie ihres Berufes ein. Und wieviel Frauen haben Jugend und Lebenskraft daran gesetzt, ohne jemals diesen Gipfel der Lohnstaffel zu erreichen! Im allgemeinen gelten vier Mark als ein guter Wochenlohn. Eine Frau erzählte, daß sie ein volles Tausend Hammerschläge tun müsse, um anderthalb Pence (zwölf Pfennig) zu verdienen.

Im vorigen Jahre gelang es endlich, die Kettenmacherei durch einen offiziellen Erlaß in die Kategorie der Schwitzindustrie einzureihen. Damit waren die Unternehmer gezwungen, einen (noch zu bestimmenden) Minimallohn zu zahlen. Sieben Monate verhandelten Unternehmer und Arbeitervertreter über die Festsetzung dieses Mindestlohnes. Im August 1910 trat der nach langem Hin und Her zustande gekommene Lohn Tarif in Kraft. Er brachte den Arbeiterinnen eine sofortige Lohnerhöhung von 50 bis 150 Prozent. Nur wenn sich die Frauen durch Unterschrift für die vorläufige Beibehaltung der alten Lohnsätze erklärten, konnte die Anwendung des neuen Tarifs noch 6 Monate hinausgeschoben werden. Diese Hintertür benutzte ein Teil der Unternehmer. Die Arbeiterinnen, zum großen Teil des Lesens und Schreibens unkundig, setzten ihre Zeichen unter die „Petition“, wie sie die vorgelegte Liste mit der Erklärung nannten. Das Belanutwerden des schamlosen Mißbrauchs ihrer Unwissenheit und Vertrauensseligkeit trieb diese geduldigste Spezies der Menschengattung zur Empörung. Die Unterschriften wurden zwar für ungültig erklärt, aber ohne augenblicklichen Nutzen. Denn in der Zwischenzeit hatten die Arbeitsbienen der Ketten schmieden große Haufen Vorrat geschaffen; die Unternehmer, dadurch für einen Kampf gerüstet, konnten einen Vorstoß wagen: Sie sperren an die 800 Arbeiterinnen aus. Noch nicht die Hälfte der Ausgesperrten war organisiert und wurde mit fünf Mark wöchentlich unterstützt. Die anderen litten, milde Gaben sammelnd, landauf landab. Trotzdem führten die Kettenmacherinnen den Kampf siegreich durch.

Im Streifenquartier, einem eiligst zusammengeräumten Zuckerladen, hatte ich günstige Gelegenheit, die Kolleginnen vom Amboß zu studieren. Hier diskutierten die jungen Mädchen bei meinem Eintritt mit toderner Miene Stückpreise, Kettenorten und Eisenstärken wie vollendete Fachmänner. Mir wollte es scheinen, als ob es für diese jungen Vertreterinnen des zarten Geschlechts in der ganzen Welt nichts gäbe als Runderisen, geschweißte Wagenketten, gedrehte Kufketten, Deichselketten, Hacken, Anhänger und Blasebälge. Diese Ausdrücke hörten sie in der Wiege, die Qualitäten, Nummern und Preise, als die Mutter die fertige Ware ablieferte; aber die Bedeutung der ganzen Sache wurde ihnen in ihrem vollen Ernste erst klar, als sie zum erstenmal, noch ganz Kinder, in der Schmiede zu schaukeln begannen. Erst von diesem Augenblick an erhielt das so seltsame Gerede von Eisenorten, Kettennummern, Abschrotten, Blasebälgen und Schmorhizen einen blutig traurigen Inhalt.

Der Erforscher primitiver Techniken fände in den Ketten schmieden ein ergiebiges Lehrmaterial. In den Schmieden sind die Frauen und Jungen nachgerade zu gedankenlosen, automatisch arbeitenden Verbindungsstücken zwischen Blasebalg, Amboßhorn und Schmiedeseuer geworden. Im Laufe der Jahre haben sich ihre Glieder den Werkzeugen angepasst, der Arbeitsprozess hat jede Körperbewegung geregelt, abgemessen, mechanisch gemacht. Das Hirn ist eingetrocknet, die Muskeln sind geschwollen. Die weibliche Anmut, Elastizität und Körperform sind verschwunden; an ihre Stelle ist die Herbheit, Eddigkeit, die Steifheit des ausgemergelten Mannes getreten: Die kapitalistische Produktionsweise hat hier das Weib zum Manne gemacht, das Weib degradiert und dadurch noch mehr den Mann.

Ob sich wohl das Völkchen im „Schwarzen Lande“ über diesen unwürdigen Zustand viel Gedanken macht? Es scheint nicht. Die Alten freuen sich, wenn das Mädchen die erste Neigung zu Hammer und Blasebalg erkennen läßt; der Mädchen höchstes Streben ist, am Ablieferungstag den größten Haufen Kette schwerster Sorte fertig zu haben. Um diesen Gipfel des Glückes erklimmen zu können, muß bald, je jünger je besser, mit dem Erlernen des Schmiedens begonnen werden. Wer es nicht zu einer gewissen Virtuosität bringt, kann nicht hoffen, vier Schilling wöchentlich zu verdienen. Ein überflüssiger Griff, eine ziellose Bewegung bei jedem Glied bedeutet am Abend eine Einbuße von einem Penny, wenn nicht noch mehr.

Beim Eintritt in die Schmieden tönte es uns mehrstimmig entgegen: „Guten Tag, Gentlemen!“ Von welchen der Kettenmacherinnen dieser Gruß kam, war schwer zu sagen. Sie sprechen mit den Kolleginnen, schreien ihre auf einem Löschhaufen oder in einer Kiste neben dem Schmiedeherd in Staub und Gassdunst sitzenden Kinderchen an, ohne den Kopf umzudrehen. Ohne Unterbrechung wird der Blasebalg bewegt, wird geschweißt, gehämmert. Junge Mädchen mit langen Köpfen hegen mit weißhaarigen Mütterchen um die Wette. Ob das wirre Paar an der schweißgetränkten Stierne klebt, oder ob die Hände von Funken verbrannt werden, ob die junge Brut im Aschenhaufen versinkt oder sich heißer schreit: das alles darf die Kettenmacherin nicht kümmern. Jede Unterbrechung heißt ein Glied weniger, zwanzig Glieder machen einen Meter, ein Meter aber bedeutet einen Penny! Jede Sekunde ist kostbar.

Gleich in einer der ersten Schmieden machte ein technisches Rätsel mir Kopfzerbrechen. Eine Blasebalgstange ging auf und ab, ohne daß eine bewegende Kraft sichtbar gewesen wäre. An einen verborgenen Motor war in diesen Handbetrieben nicht zu denken. Dieses Phänomen reizte meine Technikerneugierde nicht wenig. Sollte dieser Blasebalg von einem Hunde in Gang gesetzt werden wie die Windtrommel in Transleithanien oder Belgien? Eines war bald klar: der Antrieb konnte nur von oben kommen. In der Tat! Eine eingehendere Untersuchung des Raumes zwischen Blasebalg und Decke ergab die Lösung des Rätsels, die nur Quaim und Rauch zu finden erschwert hatte. Auf einem Gerüst stand, oder eigentlich an einem Querbalken hing ein Junge, der sieben, vielleicht auch mehr Jahre haben konnte, in der von Koks gasen und ätzendem Rauch geschwängerten Atmosphäre und bewegte mit den Beinen den Blase-

balg. Solch niederträchtiger Vermüßung der kindlichen Gesundheit und gewissenloser Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft sollte ich auf meinen späteren Streifzügen durch das Land des Trade Unionismus noch oft begegnen, so oft, daß sie mir zum Schluß gar nicht mehr besonders auffiel. In Cradley Heath aber wußte ich noch nicht, daß in England die Kinderarbeit nicht nur von der großen unangeklärten Masse, sondern auch von Trade Unionisten gelitten, wenn nicht gar unterstützt wird.

Fritz Kummer.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Gegen den Lebensmittelwucher protestierten im achten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis sieben öffentliche Frauerversammlungen, und zwar in Altona, Wandersbed, Schiffbeck, Sande, Bramfeld, Bad-Oldesloe und Alt-Mahlstedt. Rednerin in allen diesen Versammlungen war Genossin Klara Weyl-Berlin. In 50 000 Exemplaren war das Flugblatt über die Fleischnot, das sich an die Frauen wendet, zugleich mit einer Einladung zu den Versammlungen verbreitet worden. So war den Versammlungen gut vorbereitet worden, und diese waren auch von Frauen überaus stark besucht und brachten der Partei eine große Anzahl neuer Anhänger und der „Gleichheit“ neue Leserinnen. Besonders hervorheben wollen wir die imposante Versammlung, die in Altona im Englischen Garten stattfand. Noch nie waren in einer Volksversammlung soviel Frauen anwesend wie hier. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gestopft voll, und Kopf an Kopf lauschten die überwiegend aus Frauen bestehenden 2000 Zuhörer den fesselnden Ausführungen der Rednerin. Die Rednerin ging davon aus, daß Wilhelm II. den Frauen die politische Betätigung verwehre. Demgegenüber entwickelte sie, wie gerade das Regierungssystem dieses Kaisers die Notwendigkeit für die proletarischen Frauen, sich am politischen Leben zu beteiligen, noch verstärkte. Die Not des Volkes, bedingt in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, wird verschärft durch den staatlich konfessionierten Lebensmittelwucher, durch Zölle, Viehsperren und indirekte Steuern. Durch die Wirtschaftspolitik der Regierung wird die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes immer tiefer herabgedrückt. Volkswertige Nahrungsmittel werden durch minderwertige und durch Surrogate verdrängt. Immer mehr Frauen, auch Verheiratete und Mütter, leidet der Zwang der Verhältnisse an das Erwerbsleben. Am schwersten hat heute die Proletarierin zu leiden, gerade wenn sie ihren Pflichten als Hausfrau und Mutter nachkommen will. Durch die Teuerung wird es ihr immer schwerer gemacht, den notwendigsten Lebensbedürfnissen gerecht zu werden. Doch gerade diese Not öffnet den Arbeiterinnen die Augen. Sie sehen, wie Militarismus und Marinismus Milliarden Mark verschlingen, die die Armen aufzubringen haben. Sie erkennen die Politik der Regierung, die darin besteht, das Volk ausplündern zu lassen, um die Privilegierten zu mästen. Und sie fühlen ihr Elend noch verschärft durch die politische Rechtlosigkeit der Frau. Aber sie erkennen auch die Notwendigkeit, solche Zustände nicht dulndend als gottgegeben hinzunehmen, sondern dagegen zu kämpfen. Diesen Kampf mit allen Mitteln zu führen, diesem Kampfe immer größere Ausdehnung zu geben, ist heilige Pflicht der arbeitenden Frauen. Hoch auf müssen die Flamme der Empörung lodern. Stürmische Rufe der Zustimmung unterbrechen häufig die Rednerin, und brausender Beifall ertönte zum Schluß. Der Rede schloß sich eine lebhaft Diskussions an, in der die Genossinnen Steinbach, Brandenburg, Baumann und ein Genosse die Ausführungen der Rednerin noch unterstrichen. Viele der Zuhörer zeichneten sich als Mitglieder für die Partei und Abonnenten für die „Gleichheit“ ein. Linchen Baumann.

Im Auftrag der Parteileitung für das östliche Westfalen unternahm die Unterzeichnete vor Weihnachten 1910 eine große Agitationstour, die sich auf folgende Orte erstreckte: Harpen, Weitmar, Witten, Herne, Bieme, Bochum, Henrichsburg, Heddinghausen, Bur, Lünen, Osterfeld-Sterkrade, Horst-Emscher, Königshöhe, Hattingen, Langendreer, Werne-Somborn, Laer-Altenbochum, Dortmund, Münster, Sudrade und Deusen. Die Versammlungen sollten insbesondere der Aufklärung der Frauen über wichtige Zeitereignisse dienen: über die schwer lassende Verteuerung des Lebensbedarfes, das persönliche Regiment des Gottesgnadentums, das Verhalten der bürgerlichen Reichstagsmehrheit im allgemeinen und im besonderen des Zentrums. Die Themen der Referate waren entsprechend gewählt, und die Interessen der Frauen, der werktätigen Massen überhaupt fanden eine eingehende Erörterung. So

wurde der Nachweis erbracht, daß die Proletarierin als Hausfrau, Mutter und Arbeiterin unter der kapitalistischen Ordnung leidet und sich um das politische Leben kümmern muß, daß ihre Existenz und die der Ihrigen entscheidend beeinflusst. Fast überall waren die größten Säle für die Versammlungen gewählt worden, aber das Thema Lebensmittelteuerung zog die Proletarierinnen in solchen Scharen herbei, daß sich meistens die Räumlichkeiten als zu klein erwiesen. So konnten in Dortmund, Münster und Witten viele keine Einlass finden, die zur Versammlung gekommen waren. In Herne, Werne, Königshöhe, Lünen, Hattingen waren die Lokale mehr als überfüllt. Gegner hatten sich auch eingefunden, hatten aber offenbar nicht den Mut, sich mit einer Proletarierin in eine Diskussion einzulassen. Auf dringende Aufforderung, ihre Anschauungen zu vertreten, erklärten einige: „Ja, was sollen wir denn sagen, es ist leider so, wie es die Rednerin geschildert hat.“ Um so mehr arbeitet dagegen die Geistlichkeit gegen die Aufklärung der Massen. Am Tage nach der Versammlung läuft der Pfarrer oder Kaplan von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung und fragt: „Waren Sie in der Versammlung? Lesen Sie oder Ihr Mann die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“, das „Bochumer Volksblatt“? Gehören Sie dem roten Verband an?“ und dergleichen mehr. Wehe dem armen Sünder, der den Mut hat, die Frage zu bejahen! Es wird ihm mit allen Strafen des Himmels und der Hölle gedroht. Weicht weicht der Pfaffe nicht vom Platze, ehe er einen Erfolg erzielt hat. Beichtstuhl und Frühmesse müssen das Werk vollenden. Entsagung predigt die Kirche der Bevölkerung, die unter Arbeit und Invaliden der Arbeit steht, wie im Ruhrrevier. In Osterfeld-Sterkrade hatte die Polizei die Handzettel beschlagnahmt, in denen zur Versammlung eingeladen wurde. Aber sie mußten wieder freigegeben werden. Auch ein Flugblatt von München-Gladbach war als Segensgift verbreitet worden. Doch alle Treibereien waren vergeblich, die Aufklärung und Organisierung der Ausgebeuteten zu hindern. Die Stimmung in den Versammlungen war großartig und der Erfolg für Gewerkschaften, Partei und Arbeiterpresse glänzend. Unausföhllich schreitet unser Werk vorwärts, drängt das Proletariat dem Völkerrfrieden entgegen.

Agitation in Baden. Auf Veranlassung des badischen Landesvorstandes fand Ende November vorigen Jahres eine Agitationstour durch das Großherzogtum statt. Im Oberrand hatte Genossin Friedländer die Versammlungen übernommen, die durchweg gut besucht waren und auch einen guten organisatorischen Erfolg zeigten, denn es wurden insgesamt 250 Mitglieder der Partei zugeführt. In Mittelbaden, wo in einer Anzahl Versammlungen Genossin Greifenberg referierte, bestand der organisatorische Erfolg in der Gewinnung von circa 150 neuen Mitgliedern. Im Unterland wurde die Agitation von Genossin Biez ausgeführt, die der Partei 330 neue Mitglieder zuführte. Das Gesamtergebnis dieser Agitation war also die Werbung von 730 neuen Parteimitgliedern, zum größten Teil weiblichen. In den großen Industriezentren, wie Mannheim, Pforzheim und einigen anderen Orten, ist es schon leichter, auch die Frauen für die politische Bewegung zu interessieren und dauernd an sie zu fesseln. Schwerer hält dies dagegen in den übrigen Orten, wo die Frauen noch allzusehr mit ihrem Fühlen und Denken in der Landwirtschaft wurzeln, weil die Industrie jung und schwach ist. Da jedoch unsere Badener Genossinnen planmäßig und regelmäßig die Aufklärungsarbeit unter den Frauen weiterzubetreiben gedenken, werden wir hoffentlich bald im ganzen Lande eine rege Frauenbewegung bekommen. Die Agitation, von der wir berichten, hat in einer großen Reihe auch kleinerer Orte den Grundstein gelegt zu einer weiblichen Mitgliedschaft. Diese Orte werden jetzt weiter bearbeitet durch die rednerisch befähigten Genossinnen im badischen Lande, so zum Beispiel durch Genossin Blase-Wannheim, die noch einige weitere Genossinnen mehr zur Seite hat. Auch in Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg haben wir recht rührige Genossinnen. Aus liegt es natürlich in erster Linie daran, daß im Interesse der Genossinnen selbst diese organisiert werden, daß sie mit sozialistischem Wissen ausgerüstet ihre Kräfte in den Dienst der Gesamtheit stellen. Allein ebensoviel wie die Genossinnen selbst werden die Organisationen, wird die Presse durch die Aufklärung und den Zusammenschluß der Frauen gewinnen, inwiefern in Baden das Zentrum einer der schlimmsten politischen Gegner ist. Dieses sucht aber seine Macht zu halten und zu stärken durch rücksichtslose Anwendung eines furchtbaren Gewissenszwanges, den es vor allem den Frauen gegenüber geltend macht. Haben wir die Frauen durch Überzeugung von der Wichtigkeit der sozialistischen Anschauungen und der Notwendigkeit des politischen Kampfes für uns gewonnen,

so ist die Macht der besten Zentrumsagitatoren gebrochen, der katholischen Geistlichen, soweit diese Macht politischer Natur ist. Die gewonnenen Frauen, ehemals unsere Gegner, werden dann die Förderer unserer Sache. Sie entwickeln sich zu Agitatoren im kleinen: für unsere Presse, die sie zunächst selbst lesen, um dann auch im Freundeskreis für ihre Verbreitung zu wirken; für die Organisation, der sie selbst angehören und für die sie neue Anhänger und Mitglieder werben; in der Familie, indem sie vor allem die heranwachsende Jugend mit sozialistischem Geiste erfüllen. So für unsere Sache wirkend, gewinnen sie selbst für ihre geistige, ihre intellektuelle Weiterentwicklung. Aus diesen Gründen freuen wir uns des erzielten Erfolges in Baden, freuen wir uns der Absicht des Landesvorstandes, planmäßig die Agitation unter den Proletarierinnen weiterbetreiben zu wollen.

Luise Zieh.

Von den Organisationen. Die Frauenbewegung tritt jetzt auch in Weimar lebhaft in die Erscheinung. Galtten wir doch in der zweiten Januarwoche vier verschiedene Versammlungen. Der Deutsche Verband für Frauenstimmenrecht hatte sich Fräulein Rosila Schwimmer aus Budapest verschrieben, die über „Die ungarische Frauenbewegung“ sprach. — Dr. Helene Stöcker referierte am Abend zuvor für den Deutschen Monatsbünd über „Die Ehe in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Am Tage vorher hatte der Verein Frauenbildung-Frauenstudium seine Versammlung abgehalten. Aber diese drei Veranstaltungen zusammen hatten sich nicht eines so guten Besuches zu erfreuen wie die Versammlung der weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins, die am 11. Januar stattfand. Herr Dr. med. Böhm-Weimar hatte sich uns in anerkannter Weise zur Verfügung gestellt zu einem Vortrag über „Frauenleiden“. Weitere lehrreiche Vorträge auf verschiedenen Gebieten sind noch in Aussicht genommen. Schon dieser Grund sollte maßgebend dafür sein, daß die Frauen, die als Gast an unseren Versammlungen teilnehmen, auch die Mitgliedschaft erwerben. Obwohl die Zahl unserer weiblichen Parteimitglieder bei weitem die Zahl der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen übertrifft, die in den einzelnen Vereinen sich organisiert haben, so sind wir doch damit noch nicht zufrieden. Wir möchten die Kerntruppe unserer organisierten Genossinnen verdoppelt, verzehnfacht sehen. Noch viel mehr Frauen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter sollten sich unserer Organisation anschließen. Um zur Verwirklichung dieses Wunsches beizutragen, hatte zu der letzten Frauenversammlung die Agitationskommission der Genossinnen über fünfzig Frauen organisierter Proletarier besondere Einladungen mit der Aufforderung zugesandt, ihren Beitritt zur Parteiorganisation anzumelden. Leider versuchte der größere Teil der so Eingeladenen mit allerlei faulen Ausreden die Nichtanmeldung zu entschuldigen. Nun, die Agitationskommission wird sich durch diese Erfahrung nicht entmutigen lassen. Sie weiß, daß steter Tropfen den Stein höhlt. Sie wird in ihrer Aufklärungs- und Werbearbeit nicht erlahmen. Schließlich muß auch im Hirn und Herz der indifferenten Proletarierinnen die Erkenntnis erwachen, daß es ihre Pflicht und ihre Ehre ist, Schulter an Schulter mit den Männern ihrer Klasse für Freiheit und Kultur zu kämpfen.

ht.

Die Frauenagitationskommission der Parteiorganisation in Offenbach hielt im vergangenen Jahre zehn Sitzungen ab und veranstaltete vier Versammlungen für die weiblichen Mitglieder und zwei öffentliche Frauenversammlungen. Außerdem nahmen auf seine Veranlassung die Frauen in sieben Bezirksversammlungen Stellung zum Wäckerpreis und Brotpolitik, und dank der Tätigkeit der Frauen gelang es, vier Meister zur Bewilligung der Forderungen zu bewegen. In gut besuchten Versammlungen sprachen Genosse Bruhns über „Sexualprobleme“, und Genosse Zimmermann über „Freitrag und Frig Heuter“. Genossin B. Seisinger und Genossin Stadnauer behandelten „Die Stellung der Frau im heutigen Staat“. Ein schöner Erfolg war der Lichtbildervortrag der Frau Wartenberg-Altona über: „Frauenkrankheiten, deren Ursachen, Verhütung und Heilung“. Über tausend Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse waren erschienen. Bei 25 Pf. Eintritt für Nichtmitglieder erzielten wir einen Überschuss von 131 Mk. und die Veranstaltung brachte uns 51 neue weibliche Mitglieder. Eine eifrige Tätigkeit entfalteten die Genossinnen bei der Maifeier, bei dem Waldfest und der Weihnachtsfeier der Partei. An Zuschuß erhielt die Agitationskommission 150 Mk. Der Stand der weiblichen Mitglieder hat sich von 265 Ende 1909 auf 325 Ende 1910 gehoben, nur 15 gingen der Parteiorganisation durch Austritt und 4 durch den Tod verloren. Der Monatsbeitrag beträgt 25 Pf., dafür wird die „Gleichheit“ kostenlos geliefert. Viel Arbeit erwartet die Genossinnen im neuen Jahre bei den Wahlen, wenn auch leider noch nicht als Wählerinnen, so doch als Wählerinnen! Frau Steinhäuser.

Berta Wünsche-Regensburg † Mit einem traurigen Gang hat für die Regensburger Genossinnen das vergangene Jahr abgeschlossen. Am Silvestertag haben sie die treubewährte Genossin Berta Wünsche zu Grabe getragen. Nach langen qualvollen Leiden ist der Tod als erlösender Freund an die Zweihundvierzigjährige herangetreten. Schmerzlich empfinden die Genossinnen den Verlust dieser aufopfernden, nimmer ermüdenden Kämpferin für das sozialistische Ideal, die insbesondere sich um die proletarische Frauenbewegung Regensburgs verdient gemacht hat. Im März 1910 führte Genossin Wünsche den Vorsitz der Frauenversammlung, in der Genossin Ihrer begeisterte Worte über den proletarischen Befreiungskampf und seine Bedeutung für die Frauen der werktätigen Volkes an uns richtete. Wer hätte damals geahnt, daß uns der Tod so bald diese beiden Streiterinnen für die gute Sache entreißen würde! Genossin Wünsche war eine der Gründerinnen des Frauen- und Mädchenbildungsvereins, der seinerzeit in Regensburg bestand, und belleidete in ihm all die Jahre hindurch das Amt einer Schriftführerin. Als endlich das zopfige und arbeiterfeindliche bayerische Vereinsgesetz wenigstens dem gleichen Recht für Mann und Weib weichen mußte, zählte sie zu den ersten Genossinnen, die zu dem sozialdemokratischen Verein übertraten. Auf Vorschlag der Genossinnen wurde sie in den Ausschuss der Parteiorganisation gewählt. Auch auf diesem Posten erwarb sie sich rasch die Achtung und das Vertrauen aller. Bis die Krankheit ihrem Willen Fesseln anlegte, betätigte sich Genossin Wünsche in hingebungsvoller Weise bei jeder Arbeit, jeder Veranstaltung der Partei. Ihr aufklärendes Wort hat der Sozialdemokratie manche Anhängerin zugeführt, und viele Feiern sind durch ihre tiefempfundenen Deklamationen verschönt worden. Ihre sozialistische Überzeugung war fest und klar und blieb ihr ein starker Trost in den unfählichen Leiden des Krankenbettes. Geistlichen Zuspruch wies sie zurück und verlangte ausdrücklich, daß sie ohne Mitwirkung der Kirche nur von ihren Angehörigen und Genüßgenossen beerdigt werde. Das schlichte und doch feierliche Begräbnis war ihres edlen Charakters und ihrer aufopfernden Tätigkeit würdig. Ein langer Zug von Genossinnen und Genossen folgte dem Sarg. Am Grabe legte Genosse Liebt im Namen des sozialdemokratischen Vereins einen prächtigen Kranz nieder und schilderte das Wesen der Verstorbenen wie ihre Verdienste um die sozialdemokratische Bewegung. Genossin Hagen rief ihr tiefbewegt den letzten Gruß der dankbaren Genossinnen nach, die einen Lorbeerkranz mit roter Schleife niederlegen ließen, und gelobte für sie, im Geiste der Verstorbenen weiter für die Befreiung der proletarischen Frauen aus den Banden der Geschlechts- und Klassenklaverei zu kämpfen. Ein Berg von Blumen häufte sich auf dem Grabe. Nicht nur die tiefgetroffenen Angehörigen der Genossin Wünsche, auch die Genossinnen und Genossen werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Den Genossinnen insbesondere wird sie ein unergetzliches Beispiel treuester Pflichterfüllung im Dienste der größten Idee bleiben, welche die Menschheit bewegt hat: der Befreiung der Arbeiterklasse als Werk der Arbeiterklasse selbst.

M. H.

Politische Rundschau.

Der Moabiter Schwurgerichtsprozess hat vollendet, was die Verhandlung vor der Strafkammer begann. Die Lüge von der sozialdemokratischen Revolution ist endgültig abgetan, übrig bleibt die Brandmarierung der Polizei. Von 18 des schweren Aufruhrs oder des Landesfriedensbruchs Angeklagten sind durch den Wahrspruch der Geschworenen nur vier dieser schweren Delikte, und einer des einfachen Aufruhrs schuldig gesprochen worden. Die anderen sind wegen verhältnismäßig harmloser Straftaten und sechs wegen Übertretungen (groben Unfugs) verurteilt worden, und vier mußten ganz freigesprochen werden. Und den wegen der schweren Vergehen Verurteilten sind durchweg mildernde Umstände bewilligt worden, die selbst die Staatsanwaltschaft befürwortet hatte, das heißt hatte befürworten müssen, um nicht von den Geschworenen bloßgestellt zu werden.

Schon die Tatsache, daß die Anklagebehörde, gewisigt durch die Verhandlung vor der Strafkammer, auf jeden Veruch verzichtete, den Prozess gegen die Arbeiterbewegung auszubeuten, bedeutete die Niederlage der Regierung und der reaktionären Parteien. Die Ergebnisse der Verhandlung selbst waren im ganzen natürlich dieselben wie vor der Strafkammer, doch brachten sie auch einiges Neue, das die Bloßstellung unseres Regierungssystems noch verstärkte. So war vor allem beachtenswert das Zugeständnis des Kommandeurs der Polizeitruppe in den Unruhetagen von Moabit, des Majors Klein, daß er seine vor der Strafkammer aufgestellte Behauptung, keiner seiner Untergebenen habe Ausschreitungen begangen, nach

den Erfahrungen des ersten Prozesses nicht mehr aufrechterhalten könne, und nicht minder seine Bitte, ihn von der Beantwortung der Frage nach dem Verhalten der Kriminalpolizisten zu entbinden. Der Polizeileutnant Holte mußte sich diesem Rückzug seines Chefs anschließen. Genau wie vor der Strafkammer erhoben auch vor dem Schwurgericht nicht wenige der Angeklagten die Beschuldigung gegen die Schutzleute, sie auf der Wache mißhandelt oder sie der Hingehenden Streifbreviergarde auf dem Kupferschen Kohlenhof zu scheußlichen Verprügelungen ausgeliefert zu haben. Natürlich wollte auch diesmal keiner der Schutzleute von solchen Vorgängen irgend etwas wissen. Ebensovienig wußte einer von ihnen, welcher Schutzmann dem Angeklagten Gieslich den furchtbaren Stich beigebracht hatte; dieser Stich war von hinten mit solcher Wucht geführt worden, daß die Waffe das Gefäß durchbohrte, in die Bauchhöhle eindrang und das Bauchfell verletzte, so daß der Unglückliche nur durch eine Bauchoperation gerettet werden konnte und zeitlebens an den Folgen dieser Meneheltat leiden wird. Wenig hätte gekehrt und es wäre dem unglücklichen Hermann ein zweites Todesopfer gefolgt. Den Täter hat die Polizei natürlich ebensovienig zu ermitteln vermocht wie die uniformierten Mörder des Hermann. Die Geschworenen haben unter dem Eindruck der massenhaften Ausschreitungen der Polizeibeamten die Frage nach Aufruhr in den meisten Fällen verneint. Freilich nicht in allen — man darf nicht vergessen, daß diese Geschworenen samt und sonders aus den Kreisen der Besitzenden stammten; unsere Schwurgerichte sind ja noch weit davon entfernt, Volksgerichte zu sein. Gerade aber diese Tatsache, daß hier Leute urteilten, denen der Schutz des Eigentums und der Ordnung, die nach der Behauptung der Anklage durch die Anruhen bedroht waren, das Wichtigste ist, gibt dem verhältnismäßig milden Urteil besonderes Gewicht und stempelt es zu einer Verurteilung der Polizei.

Und so ist denn die Wut, die bereits das Strafkammerurteil in den Kreisen der Junter und Scharfmacher erregte, durch den Schwurgerichtsprozeß noch gesteigert worden, zumal der Prozeß wegen der Weddingunruhen dasselbe Ergebnis hatte. Und in der Tat, es ist für sie ein schwerer Schlag, ein um so schwererer, als die Regierung durch die skrupellosesten Mittel — die Reden Bethmann Hollwegs und des preußischen Polizeiministers, sowie die Ordensverleihungen — die Richter und die Geschworenen zu beeinflussen versucht hat. Die reaktionäre Presse ist mit heftigen Vorwürfen über die Richter und Geschworenen hergefallen. Ein guter Teil des Passes richtet sich gegen die unsichtigen und tapferen Verteidiger, was auch im preußischen Landtag zum Ausdruck kam. Hier suchten sich namentlich einige Redner der Konservativen für ihre Enttäuschung durch Angriffe auf die Richter, Verteidiger und die Prozeßordnung zu rächen. Und wieder ist ein Minister ihnen beigetreten, diesmal der Justizminister Weseler, der sich nicht gescheut hat, mitzuteilen, daß er den Vorsitzenden des Schwurgerichtes, den Landgerichtsdirektor Unger, wegen einer Stelle seiner Rechtslehre „um Auskunft ersucht“ hat. Um den Geschworenen den Begriff der rechtmäßigen Amtsausübung klar zu machen, hatte Landgerichtsdirektor Unger gesagt, daß die Polizeibeamten, die dem friedlichen vereinzelt Passanten Hermann die tödlich wirkenden Säbelhiebe beibrachten, nicht in berechtigter Ausübung ihres Amtes handelten, und daß der Verfolgte das Recht gehabt hätte, sich ihrer mit einem wohlgezielten Revolverkugeln zu erwehren. Das ist eine Winzermahnheit — womit noch lange nicht gesagt ist, daß es für den Bürger leicht wäre, in einem solchen Falle deutschen Richtern glaubhaft zu machen, daß er sich im Stande berechtigter Notwehr befunden habe. Es ist aber bezeichnend, daß die reaktionäre Presse ob des Aussprechens einer solchen Selbstverständlichkeit schier aus dem Häuschen geraten wollte; denn trotz der vorsichtigen Form, in die der Minister seine Mitteilung kleidete, ist es klar, daß er damit einen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit getan hat. Für die herrschenden Klassen werden eben manchmal auch Richter un bequem, die von dem Boden des bestehenden Rechtes nicht abgehen wollen, das in der Hauptsache doch nur den Interessen dieser Klassen dient. Solche Richter können sie nicht gebrauchen, und sie scheuen sich nicht, wie die Vorgänge während und nach den Moabiter Prozessen beweisen, das vor aller Welt zu zeigen. Genosse Liebtnecht hat diese Tatsache in der trefflichen Rede, die er im Dreiklassenhaus zum Justizetat hielt, den Junkern, Scharfmachern und regierenden Bureaukraten derb um die Ohren geschlagen.

Ein empörender Fall dieser von den herrschenden Klassen geforderten Klassenjustiz war auch der Essen er Meineidsprozeß im Jahre 1895, der in diesen Tagen wieder aufgenommen wurde. Nach fünfzehn Jahren haben die Geschworenen endlich den Justiz-

mord rückgängig gemacht, der an den Bergarbeiterführern Schröder und Meier und mehreren anderen Angeklagten durch die Verurteilung zu langjährigen Zuchthausstrafen wegen angeblichen Meineids verübt worden war. Der einzige wirkliche Belastungszeuge wider sie war der kurz vor dem neuen Prozeß verstorbene Gendarm und spätere Magistratsbeamte Münter. Aber dessen Charakter und Lebensführung war schon damals so viel Ungünstiges bekannt, daß die Verurteilung der unbescholtenen Angeklagten selbst bei der bei den deutschen Richtern üblichen höheren Bewertung des Polizeieides gegenüber dem Bürgereid nicht möglich gewesen wäre, wenn die damaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft nicht an die politischen Vorurteile der Geschworenen gegen die Sozialdemokratie mit Erfolg appelliert hätten. Jetzt ist endlich das Unrecht der Klassenjustiz von 1895 anerkannt und eine Entschädigung soll den unschuldig Verurteilten auch zuteil werden. Aber die Qual der Zuchthausjahre kann die Justiz nie wieder gutmachen, ebensovienig wie sie dem unglücklichen Genossen Meier je die Gesundheit wiedergeben kann, die er hinter den Kerlermauern gelassen hat.

Im preußischen Landtag hat sich der Junter v. Kröcher, der dort als angeblich unparteiischer Präsident amtiert, bei dem Versuch, den Genossen Hoffmann unverdächtig zu behandeln, eine blutige Abfuhr geholt. Darob große Wut im Lager der Konservativen und des Zentrums, um so mehr, als die sozialdemokratische Fraktion sich mit ihrem Mitglied durchaus solidarisch erklärte. Die Konservativen rächen sich, indem sie die Sozialdemokraten aus dem Seniorenkonvent zu drängen suchen. Sie bleiben ihm fern, weil sie mit dem Sozialdemokraten Hoffmann, der seine Fraktion darin vertritt, nicht zusammenarbeiten wollen. Jordan v. Kröcher aber hat erklärt, daß er nun erst recht ein strenges Regiment führen und „nötigenfalls“ eine neue Verschärfung der Geschäftsordnung fordern wird. Borelli hat er dem Genossen Liebtnecht bei der Beratung eines Polizeigesetzes kurzerhand durch seine willfährige Mehrheit aus Junten und Zentrum das Wort entziehen lassen unter dem gänzlich fadenscheinigen Vorwand, daß dieser nicht zur Sache spreche. Der Streich war so schäbig, daß sich selbst die meisten Nationalliberalen schämten, ihn mitzumachen. Im übrigen war die Haltung der Nationalliberalen und des Fortschritts in der Sache des Genossen Hoffmann höchst erbärmlich.

Im Reichstag fand die erste Beratung des Verfassungsentwurfs für Elsaß-Lothringen statt. Ihr Ergebnis ist, daß das Zentrum wieder einmal seine angeblichen demokratischen Grundsätze schändlich verraten wird. Bemerkenswert waren die Auslassungen des Herrn v. Bethmann Hollweg, die die Tatsache rechtfertigen sollten, daß er Elsaß-Lothringen das allgemeine gleiche Wahlrecht — allerdings verhungert durch Alterszusammenstimmungen — gewährt, daß er den Preußen verweigert. Bemerkenswert waren diese Auslassungen insofern, als der Kanzler zugestand, daß die preussische Wahlrechtsfrage eine deutsche Frage ist. Ein demokratisches Wahlrecht in Preußen würde die Desorganisation des Deutschen Reiches bedeuten, erklärte der Kanzler; das heißt, daß die preussischen Proletarier und Kleinbürger die Preussen schmach weiter tragen müssen, damit durch Preußen die Junter über Deutschland herrschen können.

Verabschiedet hat der Reichstag die Reichswertzuwachssteuer, die als ein Kompromißwerk sämtlicher bürgerlicher Parteien zustande gekommen ist, da sich auch der Fortschritt zum Teil dafür einfangen ließ, obgleich in dritter Lesung mit Hilfe der Polen die Befreiung der Landesfürsten von der Steuer doch noch durchgesetzt worden war. Die Sozialdemokratie hat als einzige Partei gegen das Gesetz gestimmt, obgleich sie prinzipiell für die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses von Grund und Boden ist. Sie mußte es ablehnen, einmal, weil das Gesetz verhandelt ist, indem die Großgrundbesitzer außerordentliche Begünstigungen genießen, so daß sie fast frei von der Steuer sind, und zweitens, weil der Ertrag der Steuer dem Militarismus zufließen soll, während die sozialdemokratischen Anträge, den Kriegsveteranen 6 Millionen Mark daraus zu sichern und die Zündhölzchensteuer aufzuheben, abgelehnt wurden.

In Japan ist der scheußliche Justizmord an den der Verschwörung beschuldigten Sozialisten und Anarchisten durch die Hinrichtung der Verurteilten vollendet worden.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Durchführung des durch bundesrätliche Verordnungen bestimmten Arbeiterschutzes läßt vieles zu wünschen übrig. Wenn die Betriebe nicht häufig und streng kontrolliert werden, wie es mit der Einhaltung dieser Verordnungen steht, so bleibt ihr

bischen Arbeiterschutz von vornherein auf dem Papier. Aber selbst dann, wenn die Überwachungsbehörden fleißig inspizieren, ist es mit der Durchführung der bundesrätlichen Vorschriften sehr schlecht bestellt. Das trifft besonders für die Kleinbetriebe zu, darunter auch die des Gastwirtsgewerbes. Dort sind 89,3 bis 93,5 Prozent der revidierungspflichtigen Betriebe revidiert worden. Wie werden aber solche Revisionen vorgenommen? Nach den Bestimmungen der Bundesratsverordnung für das Gastwirtsgewerbe sind die Arbeitgeber verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen, das die Namen der beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge enthalten muß. In dieses Verzeichnis ist für jeden einzutragen, wann und für welche Dauer die Ruhezeit gilt. Soweit wäre alles gut, aber wie sieht es mit der Wirkung, die die Bestimmung in der Praxis haben soll. Der kontrollierende Beamte sieht sich zwar das Verzeichnis und die darauf gemachten Eintragungen an, fragt wohl auch die Prinzipale über dies und jenes, erkundigt sich aber gewöhnlich nicht bei dem Angestellten, ob er den Auszeichnungen entsprechend seine Ruhepausen auch wirklich gehabt hat. Errolgt aber doch einmal eine Befragung des Personals im Beisein des Arbeitgebers, so kann der Beamte todsicher sein, daß er die Wahrheit nicht erfährt. Der Angestellte wird im Hinblick auf die zu erwartenden Unannehmlichkeiten und Mißregelungen den vom Unternehmer gemachten Angaben nicht widersprechen. Somit ist die Kontrolle trotz ihrer anerkennungswerten Häufigkeit für die Katz. Dazu kommt noch, daß der Unternehmer oft im voraus davon Kenntnis hat, daß bei ihm eine Revision bevorsteht. Aus diesen Gründen muß die Inspektion der in Betracht kommenden Betriebe durch die Polizei ungenügend bleiben. Nur die Anstellung besonderer Aufsichtsbeamten und eine andere Art der Kontrolle könnten einigermaßen die Einhaltung der bundesrätlichen Arbeiterschutzbestimmungen verbürgen.

Im Holzgewerbe hat die diesjährige Tarifbewegung bereits Spannung zwischen den Parteien erzeugt. Bekanntlich sind hier und da die Ortstarife gekündigt worden. Die örtlichen Verhandlungen aber wollen gar nicht in Fluß kommen. Die Unternehmer verhalten sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber sehr reserviert, sie erwarten ihre Lösung vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes. Die Unternehmer haben bereits eine Konferenz abgehalten, in der sie sich über die hohen Forderungen der Arbeiter weidlich entäußerten. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit wollen sie nichts wissen, auch sonst glauben sie mit Rücksicht auf die gedrückte Preislage, den Forderungen der Arbeiter nicht entgegenkommen zu können. Die Verhandlungen sollen nun auf zentraler Basis fortgeführt werden.

Der Vergarbeiterbewegung gegenüber wird die Haltung der christlichen Gewerkvereinsleitung immer erbärmlicher. Zwar hat sie sich eine Vertrauenskundgebung anstellen lassen, in der Öffentlichkeit aber ist sie trotz allem gerichtet. Auf die Frage, ob die Mitglieder der christlichen Organisation mit der Stellungnahme der Zentralleitung zur jetzigen Bewegung einverstanden seien, haben über 44000 mit Ja geantwortet, was die anderen Tausende von Mitgliedern aber denken, ist damit noch nicht festgestellt. Sehr verfrüht ist somit die Freude, „daß die ganze Heze der Genossen an der Einsicht und Vernunft der Gewerkschaften abprallt“. Devot nach der einen Seite, brutal nach der anderen, so charakterisiert sich das Verhalten der Herren. Ihre Rückgratlosigkeit den Unternehmern gegenüber versuchen sie durch Beschimpfung der eigenen Kameraden weitzumachen. Die polnischen Vergarbeiter werden als unsaubere Eindringlinge bezeichnet, die noch vor Jahren dem Gutsbesitzer die Hand geküßt und die in der Lohnfrage nichts dreinzureden hätten. Die polnischen Grubenproletarier werden diese Art kameradschaftlicher Gesinnung jedenfalls nicht vergessen.

Die Magdeburger Straßenbahner haben eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt. Die Löhne der Schaffner wurden um 10 bis 15 M., die der Führer um 20 M. monatlich aufgebessert. Bei diesem Lohnkampf spielte das Koalitionsrecht eine wichtige Rolle. Die Direktion wollte ihren Angestellten den Beitritt zur Sektion der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes nicht gestatten, sie wird sich aber wohl damit abfinden müssen.

In der Lohnbewegung der Kohlaschleifer hat die bayerische Regierung als Vermittler eingegriffen. Ein von ihr entsandter Vertreter verhandelte mit den Parteien. Die Unternehmer hatten zwar einen Tarif vorgelegt, doch war er so zugeschnitten, daß ihn die Arbeiterdelegierten mit 44 gegen 5 Stimmen ablehnten. Die Arbeiter traten den Gründen bei, die der Regierungsvertreter und der Verbandsvorsitzende dafür geltend machten, daß noch weiter verhandelt würde. Sie haben daher einstweilen nach der nunmehr abgelautenen Kündigungszeit die Arbeit noch nicht eingestellt. — Im Kürschnergewerbe von Leipzig und Umgebung ist es nun zur Aussperrung gekommen; zirka 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen sind davon betroffen worden.

Auf der Suche nach Material, das den Terrorismus der Arbeiter erweisen soll, wandelt die Unternehmer die sonderbarsten Pfade, die allerdings nur den ertaumen können, der das Wesen des Kapitalismus nicht kennt. Die Herren entpuppen sich als Märchendichter, freilich als unbegabte. Bei ihren „Materialsammlungen“ kommt es ihnen auf eine Handvoll Lügen gar nicht an. So hat kürzlich der Syndikus der sächsischen Industriellen, der nationalliberale Abgeordnete Stroschmann, behauptet, ein Streik in der Lagerbierkellerei Dresden sei darauf zurückzuführen, daß sich Zentralverbändler geweigert hätten, mit Hirsch-Dunderschen zusammen zu arbeiten. Tatsache ist dagegen, daß es zum Streik kam, um den Direktor zur Anerkennung des Tarifs zu bestimmen, der von den anderen Brauereien bereits anerkannt worden war, während dieser Herr den Arbeitern einen eigenen schlechteren Tarif aufzwingen wollte. Und das nennt sich Material, das Ausnahmemaßregeln gegen die Gewerkschaftsorganisationen und die wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats begründen soll. Aber freilich: die Herren Scharmacher wissen genau, was sie der Regierung und der bürgerlichen Mehrheit im Reichstag zumuten dürfen. Die wären bereit, auch ohne sogenanntes Material Zwangsgesetze gegen die Arbeiter zu fabrizieren, wenn — diese selbst sich nicht rühren würden, um dem reaktionären Spul ein Ende zu machen. Wir stellen dem tagelangen Terrorismus der Arbeiter ein Beispiel von dem Terrorismus der Unternehmer untereinander gegenüber. Die Geschichte endete allerdings diesmal mit einem Mißfall. Beim letzten Stickerstreik in Plauen hatten die Maschinenbesitzer auf Anraten ihres Syndikus einen Versammlungsbeschuß herbeigeführt, wonach eine Konventionalstrafe von 100 M. für jede Maschine von den Besitzern zu zahlen sei, die den vorgelegten Lohnarif anerkennen würden. Ein Maschinenbesitzer, der trotz des Beschlusses den Tarif bewilligte, wurde auf Zahlung von 700 M. Konventionalstrafe verklagt. Das Landgericht wies jedoch die Klage kostenpflichtig mit der Begründung ab, der angezogene Versammlungsbeschuß könne keine rechtsverbindliche Wirkung haben.

Daß bei staatlichen Arbeiten ausländische Arbeiter bevorzugt werden, ist wieder einmal beim Erweiterungsbau des Nord-Ostseekanals konstatiert worden. Dort werden fast ausschließlich Galizier, Russen, Italiener und Holländer beschäftigt. Für die Arbeiten, die in Morast- und Schlammgruben ausgeführt werden müssen, werden sich allerdings deutsche Arbeiter taum finden, solange 35 Pf. Stundenlohn gezahlt wird. „Sparsamkeit“ auf Kosten der Arbeiter ist also wie bei dem schäblichsten privaten Ausbeuter die Lösung. Warum fängt die edle Tugend des Sparsens zur Abwechslung nicht einmal bei anderen Leuten und Sachen an?

Späbige Unternehmer sind offenbar die Eigentümer der graphischen Kunstanstalt Krey & Sommerland bei Dresden. Sie haben die Lohnforderungen der Arbeiter mit der Begründung abgelehnt, es sei festzustellen, daß die Preise für Lebensmittel in letzter Zeit eher gesunken als gestiegen wären, von einer fortgesetzten Preissteigerung könne also nicht gesprochen werden. Die guten Leute scheinen jedenfalls von Lust und Dult zu leben, so daß sie die Leuerungspreise nicht empfinden.

Die gelben und nationalen Arbeiter haben mit ihren ränkevollen Treibereien immer weniger Glück. Auf der Torpedowerkstatt in Wilhelmshaven legte der Arbeiterausschuß sein Amt nieder, weil eine Werftarbeiterversammlung eine Vertrauensresolution für die Werstdirektion abgelehnt hatte. Nun entwideten die Gelben, Nationalen und Hirsch-Dunderschen bei der Wahl des Ausschusses eine wilde Heze gegen die freien Gewerkschafter, mit dem Erfolge, daß sie sich eine völlige Niederlage holten. Früher erhielten die Kandidaten der „Nationalen“ etwa zwei Drittel der Stimmen, der Rest entfiel auf Gewerkschafter, Christliche und Wilde. Diesmal haben die Gegner der freien Gewerkschaften nur einen einzigen Kandidaten durchgebracht, in den übrigen 20 Bezirken erhielten sie nur eine geringe Stimmenzahl. — In einem Städtchen Württembergs erging es den Gelben nicht besser. Dort wollte ein Unternehmer mit einer Subvention von 100000 M. einen gelben Werkverein gründen, die Arbeiter lehnten aber in einer Versammlung die Gründung ab. Nur einige Dugend Leute ließen sich dafür einfangen. Die Geschäfte der Zersplitterung der Arbeiterbewegung gehen sehr schlecht. #

Die Gewerkschaftsbewegung unter den französischen Arbeiterinnen. Die gewerkschaftliche Organisation findet bei den arbeitenden Frauen Frankreichs leider noch außerordentlich wenig Verständnis. Kaum 4 Prozent der im Handel und in der Industrie beschäftigten Frauen sind organisiert. Unter 944769 gewerkschaftlich organisierten Personen waren 1908 nur 82478 Frauen. Tatsächlich aber gibt diese Ziffer noch kein Bild des wirklichen Zustandes. Denn ein großer Teil dieser organisierten Frauen gehört katholischen Vereinen an — 25000 Frauen, hauptsächlich Schneider-

rinnen, in Paris, 9000 im Norddepartement, 4000 in Lyon. Diese Vereine aber sind als unabhängige Gewerkschaften nicht anzusehen, sondern stehen unter dem Einfluß der bestehenden Klassen. Besonders in der französischen Provinz liegt die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen im argen. In Lyon gibt es zwei Frauengewerkschaften, die an die Arbeitsbörse angeschlossen sind. Sonst zeigen in der Provinz bloß noch die Spitzenarbeiterinnen, Spinnerinnen und Handschuhmacherinnen Ansätze zur Organisation. Wie Georges Renard in einem Artikel in der letzten Dezembernummer der „Grande Revue“ darlegt, bietet nur die eine größere Anzahl von Arbeitern vereinigte Fabrik einen Boden für die gewerkschaftliche Organisation. Der Pariser Gewerkschaft der Wäscharbeiterinnen gehört nicht eine einzige Heimarbeiterin, den katholischen Gewerkschaften ein halbes Duzend an. Dabei sind die Versuche, die Frauen zu organisieren, keineswegs neuen Datums. Eine eigentliche Gewerkschaftsbewegung hat allerdings erst seit dem Inkrafttreten des Gewerkschaftsgesetzes von 1884 begonnen. 1886 und 1887 entstand eine Bewegung der Tabakarbeiterinnen. Zwei Drittel von ihnen organisierten sich und eroberten Altersrenten und höhere Löhne. 1892 folgten die Zündhölzchenarbeiterinnen ihrem Beispiel und setzten die Unterdrückung der Verwendung des weißen Phosphors, die Einrichtung von Ruhefalten und Kinderstuppen in den Betrieben durch. Die Spitzenarbeiterinnen von Mençon errangen gleichfalls durch ihre gewerkschaftliche Vereinigung bedeutende Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse. Von 1896 an kämpften die Blumen- und Federnschmückerinnen von Paris gegen die tote Saison und erzielten einen beinahe vollständigen Erfolg, indem sie sich durch Abwechslung mit beiden Gewerben eine ständige Beschäftigung sicherten. Dagegen fand bei den Modistinnen, die sich zum Teil aus bürgerlichen Familien rekrutieren und eine teure Lehrzeit durchzumachen haben, die gewerkschaftliche Aktion keinen Anklang. Abgesehen davon gibt es in Frankreich wenig lediglich aus Frauen bestehende Gewerkschaften. Zu erwähnen sind neben den ungefähr 150 organisierten Blumen- und Federnschmückerinnen die Schneiderinnen, Buchhalterinnen und Stenotypistinnen, deren jede Gruppe etwa 800 Organisierte zählt. Die übrigen organisierten Arbeiterinnen gehören Gewerkschaften an, die Mitglieder beider Geschlechter aufnehmen. In früheren Jahren war die Stellung der Frauen in diesen wenig angesehen. Sie sprachen in den Versammlungen nicht selbst, sondern mußten ihre Wünsche durch männliche Wortführer vorbringen lassen. Heute sind die Frauen fast in allen Gewerkschaften gleichberechtigt. 1909 waren nur noch von den Gewerkschaften der Buchdrucker, Konditoren und Köche die Frauen ausgeschlossen. Seitdem haben auch die Buchdrucker auf ihrem Kongress im Juli 1910 beschlossen, die als Hand- und Maschinenführerinnen beschäftigten Frauen aufzunehmen. Nach einer fünfjährigen Übergangsperiode aber sollen bloß solche Frauen der Gewerkschaft angehören dürfen, die zum Gewerkschaftstarif arbeiten. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Sektionen zu unterstützen, die gegen die Ausbeutung der Frauen und zugunsten eines für diese geltenden Minimaltarifs kämpfen. — Aus den Erfahrungen der französischen und ausländischen Gewerkschaftsbewegung glaubt Renard den Schluß ziehen zu dürfen, daß Aussicht auf Erfolg in den Kämpfen um Besserung ihrer Lage nur die Frauen haben, die den Organisationen ihrer männlichen Berufsgenossen angeschlossen sind. Die übrigen, meint er mit Berufung auf Fräulein Margarete Behmes Erklärungen auf der Genfer Konferenz der „sozialen Käuferverbände“ 1908, seien fremder, privater oder staatlicher Unterstützung bedürftig. o. p.

Genossenschaftliche Rundschau.

In ihrem Bemühen, die Konkurrenz der Konsumvereine wirksam zu bekämpfen, sind die Krämer bekanntlich auf den schlaun Gedanken verfallen, die Konsumvereine nachzumachen. Aber nicht etwa so, daß sie es in Güte und Preis der Waren den Genossenschaften gleich zu tun versuchten, was ja bei der Form ihrer Betriebe auch ausgeschlossen ist, sondern indem sie eine rein äußerliche Seite der Geschäftsführung kopierten: die Gewährung von Rabatt. Die Leute glauben das zwar selbst nicht, aber sie suchen es den Käufern, und nicht ohne Erfolg, weiszumachen, wenn der Krämer auf die Waren Rabatt gebe, so sei das dasselbe, wie wenn der Konsumverein seinen Mitgliedern die sogenannte Dividende gewährt. Zwischen beiden Dingen mit gemeinsamer oder doch sehr ähnlicher Form herrscht aber ein großer Unterschied. Ein so großer Unterschied, daß er geradezu das Wesen der Konsumvereine gegenüber dem Kleinhandel offenbart. Die „Dividende“ des Konsumvereins beruht auf seiner wirtschaftlichen Überlegenheit, auf der Ausschaltung des un-

nötigen warenvertuernden Zwischenhandels, während der Rabatt des Krämers nichts weiter ist als ein preissteigerndes Mandver, berechnet auf die Täuschung des Publikums. Denn der Rabatt wird nur dadurch erzielt, daß man um seinen Betrag die betreffende Ware verteuert. Ein Vergleich der Qualitäten und Preise der einzelnen Artikel wird immer dieses Resultat ergeben. Es kann auch gar nicht anders sein, sofern man nicht ein ganz allgemeingültiges ökonomisches Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft als null und nichtig erklären will. Vor einiger Zeit ist eine reichlich 50 Seiten starke Broschüre „Das Rabattwesen“ erschienen, deren Inhalt auch „den deutschen Hausfrauen zur Beherzigung“ empfohlen wird. Verfasser ist ein Herr Dr. Albin Wöhring in Leipzig. Das sehr lehrwerte Schriftchen geht dem Rabattunfug kräftig zu Leibe und betrachtet die Frage von allen Seiten. Was Rabatt ist, was er bezweckt, welche Wirkungen er gegenüber den Käufern und den Kaufleuten hat, wie er von maßgebenden Personen beurteilt wird, alles das ist in leicht verständlicher und überzeugender Weise dargelegt. Der Verfasser besitzt Verständnis für die Erfordernisse des modernen Wirtschaftslebens, und scheut sich nicht, den Mittelstandsschreibern, die eine Knebelung der Konsumvereine verlangen, bittere Wahrheiten zu sagen. Er zeigt ihnen, wie sie das genossenschaftliche Prinzip nur dadurch vorteilhaft verwerten können, daß sie es in der Organisation des Großeinkaufs betätigen. So können also auch die Krämer aus der Broschüre lernen, wenn sie wollen.

Wir haben schon früher einmal auf die Veränderung hingewiesen, die sich in bezug auf die Kreditgenossenschaften, die wichtigsten und zahlreichsten kleinbürgerlichen Genossenschaften, vollzieht. Sie werden in der Erfüllung der ihnen zufallenden Aufgabe der Geld- und Kreditversorgung immer mehr verdrängt durch Banken und Aktiengesellschaften. Der Kreditverein verkörpert den Kleinbetrieb auf diesem Gebiet, das mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft immer mehr die Großbetriebe beherrschen. Das gibt auch der Leiter des Allgemeinen Verbandes in dessen Verbandsorgan zu, indem er resigniert schreibt: „Die Kreditgenossenschaften können nicht mehr die Befriedigung des Kreditbedürfnisses in ihren Kreisen als ihre Domäne betrachten. Die Spar- und Darlehenskassen auf dem Lande und auch in den Städten sind mit ihnen in Wettbewerb getreten. ... Zu dieser Konkurrenz ist nun noch die Konkurrenz der Banken gekommen. Sie hat auf die Genossenschaften zum Teil ähnlich wie die Konkurrenz der Warenhäuser auf den Kleinhandel gewirkt. Die Pflöchlichkeit hat zuweilen erschreckend gewirkt. Die Entwicklung der Sparkassen und Darlehenskassen sah man sich vorbereiten, die Filialen der Banken entstanden plötzlich.“ Herr Dr. Crüger spricht dann von verfehlten Mitteln, die gegen diese Entwicklung von den Kreditvereinen vorgeschlagen werden, kann aber bessere, wie es scheint, auch nicht angeben. Für ihn ist vielmehr die Sache damit entschieden, daß von den 972 Kreditvereinen des Allgemeinen Verbandes bereits 700 geschäftliche Beziehungen mit der Dresdener Bank haben, die bekanntlich eines der bedeutendsten Geldinstitute der Welt ist. Wenn wir nicht irren, ist übrigens Herr Dr. Crüger seit dem Krache der Sörgelschen Genossenschaftsbank Aufsichtsrat der Dresdener Bank. Der Vorgang zeigt, daß die Kreditvereine schon heute einen guten Teil ihrer Selbstständigkeit und damit ihrer Bedeutung eingebüßt haben. Auch der Übergang zur Form der Aktiengesellschaft macht sich in ihren Reihen stärker geltend.

In Lübeck ist vor kurzem ein Gewerbeenergiegesetz beschlossen worden, das als ein Ausnahmegesetz gegen den Konsumverein anzusprechen ist. Tritt dieser Charakter auch nicht so scharf hervor, wie in ähnlichen Gesetzen anderer Staaten und Gemeinden, so ist die Absicht doch deutlich erkennbar, denn die Bestimmungen sind derart, daß der Konsumverein verhältnismäßig scharfer zur Steuer herangezogen wird als gleichartige Einzelbetriebe. Den Lübecker Staatsmännern genügte auch das noch nicht, sondern sie wollten ganze Arbeit machen, indem sie zu gleicher Zeit eine Warenhaussteuer vorschlugen, die den Konsumverein mit 2/3 Prozent vom Umsatz belastet haben würde. Diese Vorlage wurde jedoch abgelehnt.

Auch im preussischen Abgeordnetenhaus rühren sich die Konsumvereinsfeinde wieder. Ihr Wortführer, der bekante Abgeordnete Hammer, hat folgenden Antrag eingebracht: „Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst, spätestens bei der organischen Neuregelung des Einkommensteuergesetzes, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der dem § 15 des Einkommensteuergesetzes folgende Bestimmung einfügt: Als verteilte Dividende gilt, bei den nichtphysischen Personen, jede an ihre Mitglieder in Form von Rabatten oder in sonstiger Art gewährte Rückvergütung.“ So niederträchtig wie der Stil dieses Antrags, ist auch das Ziel, das er anstrebt. Der Antragsteller scheint sich aber nicht überlegt zu haben, daß er damit zugleich die trifft, denen er helfen will. Diese Leute machen Politik ins Blaue hinein.

Daß die vielgerühmte Neutralität der englischen Konsumvereine sich stark unterscheidet von der, die von leitender Stelle des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine aus proklamiert wird, zeigt ein Artikel von F. Wichmann-London. Es wird dort unter anderem ausgeführt: „Mit ungewohnter Schärfe wütete der Wahlkampf, der alle Schichten der Bevölkerung mit sich riß. Selbst die strikt neutrale britische Genossenschaftsbewegung wurde in diesen politischen Kampf hineingerissen, indem der aus Mitgliedern des britischen Genossenschaftsbundes, der beiden Großeinkaufsgesellschaften und dem Verband der Produktivgenossenschaften gebildete parlamentarische Genossenschaftsausschuß an alle Genossenschaften des Landes ein Zirkular erließ, in dem die Genossenschafter noch einmal darauf aufmerksam gemacht wurden, was in diesem Wahlkampf auf dem Spiele stehe, daß Genossenschafter, die als solche in allen ihren Institutionen die Grundsätze der Demokratie als erstes Prinzip festhielten und die weiter als Konsumgenossenschafter eine preiswerte Beschaffung aller Lebensmittel anstrebten, unmöglich einem Kandidaten ihre Stimme geben könnten, der einer Partei angehöre, die, wenn sie zur Regierung käme, nicht nur gegen die Grundsätze der Demokratie verstöße, sondern auch durch eine Einführung von Schutzzöllen eine Verteuerung des Lebensunterhaltes herbeiführen würden.“ Das war beim vorletzten Wahlkampf; in dem letzten Wahlkampf ist in derselben Weise vom parlamentarischen Genossenschaftsausschuß eingegriffen worden, obwohl von verschiedenen Genossenschaftern im Interesse der Neutralität dagegen Widerspruch erhoben wurde. Das englische Beispiel wird man uns in Deutschland also nicht mehr vorhalten können.

Ein Kongreß italienischer Konsumgenossenschaften fand in Mailand im November v. J. statt. Zu diesem Kongreß waren an sämtliche 2500 in Italien vorhandenen Konsumvereine Einladungen ergangen, von denen über 600, die durch 480 Delegierte vertreten waren, der Einladung gefolgt sind. Ausgenommen Sardinien und die Basilicata, die ärmsten und wenigst bevölkerten Teile Italiens, waren sämtliche Provinzen Italiens auf dem Kongreß vertreten. Der Ministerpräsident Luzzati hatte einen Unterstaatssekretär entsandt, der den Kongreß des „Vohlwohls“ der italienischen Regierung vericherte. Auf dem Kongreß wurde zunächst ein Referat gehalten von Bergnamini über die Organisation der Konsumenten. Zu Anschluß daran wurde eine Resolution angenommen, die die Notwendigkeit der Organisation des Konsums und die Organisation der Eigenproduktion betonte. Dann sprach Ponti über die Großeinkaufsgenossenschaft. Weitere Referate befaßten sich mit Besteuerungstragen. Der wichtigste Beschluß ist die Einlegung einer Kommission, die das Statut einer Großeinkaufsgesellschaft zu entwerfen hat. Die geplante Großeinkaufsgesellschaft soll als Genossenschaft errichtet werden. Ihre Aufgaben bestehen im Großeinkauf für die einzelnen Genossenschaften, der Bildung eines Genossenschaftskapitals und in der Schaffung industrieller und landwirtschaftlicher Eigenproduktionsbetriebe. Die Verzinsung des Kapitals, welches man unter anderem auch durch Ausgabe von Obligationen ansammeln will, soll 5 Prozent nicht übersteigen. 40 Prozent des Reinertrags sind den Reserven zuzuweisen, 10 Prozent dem Aufsichtsrat, 10 Prozent einem Personalunterstützungsfonds, und der Rest wird an die angeschlossenen Vereine nach dem Verhältnis ihres Warenbezugs durch die Großeinkaufsgesellschaft verteilt. Hoffentlich ist dem Unternehmen Erfolg beschieden.

H. F.

Notizenteil.

Dienstbotentraage.

Jahresbericht der Ortsgruppe Hamburg des Verbandes der Hausangestellten. Auf das vierte Jahr ihres Bestehens kann die Ortsgruppe Hamburg nunmehr zurückblicken. Viel Arbeit liegt hinter uns, aber noch mehr Arbeit ist zu leisten, ehe wir mit dem Erfolg zufrieden sein dürfen. Noch gilt es, Tausende von Hausangestellten aufzuklären, noch gilt es, in Tausenden von ihnen das Gefühl der Solidarität und des Klassenbewußtseins zu wecken, das bisher nur in einzelnen von ihnen lebendig ist. Im Anfang des vergangenen Jahres nahm die Ortsgruppe zu verschiedenen Fragen in öffentlichen Versammlungen Stellung. So zu dem eigenen Stellennachweis der Organisation, zu den Forderungen der Dienstboten zur Reichs- und Krankenversicherung usw. Leider waren die Versammlungen nicht so besucht, wie es wünschenswert gewesen wäre. Im Januar gelang es der Ortsgruppe, mit dem Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ einen einheitlichen Lohnarif für die dort beschäftigten 80 Reinmachefrauen zu vereinbaren. Danach übernehmen die in den Läden der „Produktion“ tätigen Reinmachefrauen die Verpflichtung, die Läden in der vom Lagerhalter be-

ziehungsweise Ladenmeister angegebenen Zeit zu reinigen. Der Lohn für die Reinigung eines Ladens beträgt pro Woche 6 Mk. Die Lohnzahlung erfolgt freitags. Extraarbeiten werden nicht in Anrechnung gebracht. Die Reinmachefrauen sind verpflichtet, den ihnen zugeteilten Laden ständig in einem sauberen Zustand zu halten, so daß sich Extraarbeiten erübrigen. Sämtliche Reinmachefrauen werden innerhalb dreier Tage seitens des Lagerhalters beziehungsweise Ladenmeisters zur Kranken- und Invalidenversicherung angemeldet. Die „Produktion“ zahlt ein Drittel der Beiträge für die Kranken- und die Hälfte der Beiträge für die Invalidenversicherung. Die restlichen Beiträge haben die Frauen selbst zu zahlen, sie werden wöchentlich vom Lohn in Abzug gebracht. Die Kündigungsfrist beträgt für beide Teile acht Tage. Bei neuen Anstellungen von Reinmachefrauen ist der Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Hamburg, zu benutzen.

Unter unseren Mitgliedern, soweit sie im Hause der „Herrschaft“ wohnen, haben wir im Februar 1910 eine Umfrage angestellt über die Beschaffenheit ihrer Schlafräume. 231 Mitglieder gaben uns Auskunft. Nach ihr hatten nur 166 Mädchen ein Zimmer für sich allein, 51 schliefen mit Nebenmädchen in einem Zimmer, 9 im Kinderzimmer, 2 in der Küche und je 1 Mädchen schlief mit der Dame, im Korridor und im Badezimmer. 196 Mädchen hatten ein verschließbares Schlafzimmer, 93 ein heizbares Zimmer. Zwei Mädchen durften nicht heizen, trotzdem Gelegenheit dazu vorhanden war.

Von großer Bedeutung für die Hausangestellten war der außerordentliche Gewerkschaftskongreß, der am 24. und 25. April 1910 in Berlin tagte und sich eingehend mit der Frage der Reichsversicherung beschäftigte. Auch die Hausangestellten waren daher auf ihm vertreten. Die organisierten Hausangestellten beteiligten sich an Demonstrationen der Maitfeier, leider marschierten die meisten einzeln bei ihren Freunden, so daß es nicht zu einer großen geschlossenen Gruppe der Hausangestellten kam, die die Bedeutung des Achtfundenaigs gerade auch für diese Arbeiterschicht zum Ausdruck gebracht hätte. Hoffentlich beherzigen das die Mitglieder bei der diesjährigen Maitfeier.

Von größter Wichtigkeit für die Hausangestellten ist das im verflossenen Jahre in Kraft getretene Stellenvermittlungsgesetz. In der „Gleichheit“ hat es schon eingehende Beleuchtung gefunden, weil gerade Hamburg-Altonas Hausangestellte außerordentlich schlecht dabei weggekommen sind. In einer öffentlichen Versammlung nahmen wir dazu Stellung. Bei der Vorarbeit für diese Versammlung haben uns die Genossen von Harvestebude, Hohenside und Uhlenhorst tatkräftig durch Verbreitung von Flugblättern unterstützt. Außer den öffentlichen Versammlungen tagten noch 12 Mitgliederversammlungen, die teils der Aufklärung, teils geschäftlichen Angelegenheiten gewidmet waren, zu deren Erledigung auch noch 19 Vorstandssitzungen dienten. Die Zahl der Mitglieder betrug am Anfang des Jahres 1421 und am Schlusse des Jahres 1898. Erklärlicherweise findet ein Auf- und Abschwanfen in dem Bestand und ein Wechsel in den Personen unserer Mitglieder statt; kommen doch die meisten zunächst nur zu uns, um Arbeit und Stellung zu finden, und nicht alle sehen sofort ein, welchen Wert die Organisation für sie noch besitzt, wenn sie in einer Stellung sind. 1058 Mitglieder ließen sich in den Verband aufnehmen, 1081 traten aus, darunter waren 125, die wir wegen Nichtbezahlung der Beiträge ausschließen mußten, und 306, die verzogen. Im Stellennachweis meldeten sich vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1910 1908 Hausfrauen, die Mädchen, und 800 Mädchen, die eine Stellung suchten. Es wurden vermittelt: 428 Mädchen bei voller Station, 66 Tagmädchen und 59 Aushilfen. 2541 Frauen suchten Beschäftigung als Hausarbeiterinnen; vermittelt wurden 69 Morgenfrauen, 2 Wärterinnen, 3 Haushälterinnen, 1 Plätterin, 3 Näherinnen, 2 Kochfrauen und Arbeit an 1384 Tagen. Nun gilt es, weiterzuarbeiten und aufzuklären. Pflicht jeder organisierten Hausgehilfin ist es, dem Verband neue Mitglieder zuzuführen. Für den Nutzen der Organisation sprechen die vielen Beschwerden von Mädchen über Herrschaften, die von der Ortsgruppe eriedigt wurden. Auf einige schwere Fälle davon werden wir noch zurückkommen.

L. K.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

Die weibliche Arbeitskraft in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. Die vorliegenden Ergebnisse der Gewerbe- und Berufszählung vom Jahre 1907 haben eine starke Steigerung der Verwendung der weiblichen Arbeitskraft in allen Industriezweigen festgestellt. Eine solche Steigerung ist namentlich auch in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie eingetreten. Diese Industrie gelangte erst im letzten Jahrzehnt zur Blüte, und zu ihrem starken

Aufschwung trug vornehmlich der Umstand mit bei, daß Kakao mehr und mehr zu einem Volksnahrungsmittel wurde. So stieg von 1899 bis 1909, also in zehn Jahren, der Kakaoconsum pro Kopf der deutschen Bevölkerung von 0,31 Kilo auf 0,61 Kilo oder um 97 Prozent. Andererseits bewirkten die günstigen Rohproduktenspreise für Kakao und Zucker eine riesige Steigerung der Produktion von Schokoladen- und Zuckerverarbeiten. Zur fabrikmäßigen Herstellung solcher Waren entstanden Großbetriebe. Nach der Gewerbezahlung gab es 62 einschlägige Fabriken, die mehr als 100 Personen beschäftigten, darunter 36, deren Arbeiterzahl bis 200 beträgt, 15 Betriebe mit 200 bis 500 Beschäftigten, 7 mit 500 bis 1000 und 4 Fabriken mit über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die letzteren Riesensbetriebe befinden sich im Rheinland, im Königreich Sachsen und in Berlin. Von wenig Einfluß auf die Gesamtproduktion sind die 143 Kleinbetriebe ohne Arbeiter, die neben den Großbetrieben gezählt wurden; der Löwenanteil des Absatzes fällt doch den Großfabrikanten zu. Entwicklung des fabrikmäßigen Großbetriebs in einer Industrie von der Art der Zucker- und Schokoladenwarenproduktion bezeugt heute fast regelmäßig Zunahme der Frauenarbeit, kein Wunder darum, daß in den Schokoladen- und Zuckerverarbeiten mehr Arbeiterinnen als Arbeiter beschäftigt sind. In der Fabrikation von Konfitüren und Bonbons wurden 5295 Arbeiter und 6443 Arbeiterinnen festgestellt, unter welchen letzteren sich 826 jugendliche unter 16 Jahren befanden. Auf je 100 Arbeiter kommen demnach 121 Arbeiterinnen, und von je 100 Arbeiterinnen sind 12,8 jugendliche. In der Kakao- und Schokoladenindustrie sind 5187 Arbeiter und 9748 Arbeiterinnen beschäftigt, darunter 1279 jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren. Hier ist die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft noch weit schärfer als in der vorgenannten Industrie. Von sämtlichen Beschäftigten sind fast zwei Drittel Arbeiterinnen und unter 100 Arbeiterinnen werden 13 jugendliche unter 16 Jahren gezählt, das heißt auch die Beschäftigung von Minderjährigen ist hier etwas größer.

Schon diese Tatsachen erklären es, daß in der Kakao- und Schokoladenindustrie die Lohn- und Arbeitsbedingungen ungünstig sind. Besonders der weitverbreiteten Minderarbeit verdanken die Arbeiterinnen wahre Hungerlöhne. Die zu leistende Arbeit ist aber gar nicht leicht, wie vielleicht Außenstehende annehmen könnten, vielmehr erfordert der Arbeitsprozeß eine starke körperliche Anspannung der weiblichen Arbeitskräfte. Über die Löhne haben wir schon an dieser Stelle berichtet, sie gehören wohl, mit wenigen Ausnahmen, zu den schlechtesten, die für die Arbeiterinnen in der Gesamtindustrie verzeichnet werden. Schon damals wiesen wir auf die brutale Behandlung hin, welche die Arbeiterinnen durch die Vorarbeiter, Werkmeister und dem Fabrikanten sonst ergebene Personen erleiden. Die ehrverletzende Kleidervisitation beim Verlassen der Fabrik ist etwas ganz Alltägliches, und diese Prozedur wird ohne Rücksicht auf das weibliche Schamgefühl vorgenommen.

Um die Organisation der Arbeitskräfte stand es bis vor kurzer Zeit in dieser Industrie sehr schlecht. Erst in den letzten Jahren, nachdem sich die Gewerkschaften der Bäcker und Konditoren vereinigt haben, ist in dieser Beziehung eine Besserung eingetreten. Seit der Verschmelzung beider Verbände ist die Zahl der organisierten Arbeiterinnen um das Vierfache gestiegen, und etwa 3000 Arbeiterinnen gehören zurzeit dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren an. Infolge der Stärkung der Organisation konnte auch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Angriff genommen werden. Zu diesem Zwecke wurde die günstige Wirtschaftskonjunktur, sowie die Hochsaison in den Herbstmonaten gut ausgenützt. Soweit bis jetzt Berichte über beendete Bewegungen vorliegen, wurden durch Tarifabschlüsse und Vereinbarungen mit den Arbeiteranschüssen ganz nennenswerte Erfolge erzielt: für mehr als 2000 Personen Lohnerhöhungen von 1 bis 5 Mk. pro Woche und eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Der Beweis ist erbracht, daß auch in der Zucker- und Schokoladenwarenindustrie die Organisation Macht gewonnen hat und die Furcht gewichen ist, durch den Beitritt zum Verband bei den Fabrikanten in Ungnade zu fallen. Von den etwa 17000 Arbeiterinnen ist heute fast ein Fünftel gewerkschaftlich organisiert, ein schöner Erfolg, der in den letzten Jahren erzielt wurde. A. L.

Soziale Gesetzgebung.

I. K. Arbeiterinnenschutz in Oesterreich. Um das Gesetz über die Nacharbeit der Frauen, das in Deutschland schon seit 1891 in Geltung ist, wurde in Oesterreich noch in letzter Stunde ein erbitterter Kampf geführt. Nach der Wiener Konvention sollte am 1. Januar 1911 in allen Industriestaaten, die sich dieser Konvention

angeschlossen haben, das Gesetz, das die Frauennacharbeit in Betrieben mit mehr als zehn Personen verbietet, in Kraft treten. Knapp vor den Sommerferien gelang es, im österreichischen Abgeordnetenhause das Gesetz zu verabschieden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten erreichten einige wesentliche Verbesserungen der Regierungsvorlage. Nach der Regierungsvorlage sollten nur Mädchen unter sechzehn Jahren zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens nicht beschäftigt werden dürfen. Die Sozialdemokraten setzten durch, daß diese Schutzfrist bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr verlängert wurde. Die Regierung wollte an sechzig Tagen im Jahre Ausnahmen zulassen, unseren Genossen gelang es, diese Zahl auf vierzig zu reduzieren. Vom 1. Januar dieses Jahres ab sollte das Gesetz für alle Betriebe, die mehr als zehn Personen beschäftigen, Geltung haben, mit Ausnahme der Zuckerindustrie, diese sollte nach dem Willen der Regierung bis 1919 das Recht auf die Ausbeutung jugendlicher Arbeiterinnen zur Nachtzeit haben. Die Sozialdemokraten setzten auch in bezug darauf eine Verbesserung durch. Der Termin wurde auf 1915 festgesetzt. Am 20. Dezember, knapp vor Jahreschluss, lag das Gesetz dem Herrenhause vor. Zur allgemeinen Überraschung verwies dieses das Gesetz an die Kommission zurück. Der Arbeiterchaft bemächtigte sich große Erbitterung. Die Arbeiterpresse, die diesen Gesühlen Ausdruck gab, wurde konfisziert, auf Befehl der Herrenhäuser, wie festgesetzt ist. Das Frauenrechtskomitee regte an, Protestversammlungen abzuhalten, und es fanden auch am 16., 17. und 18. Januar zahlreiche Versammlungen im ganzen Reiche statt. In Wien referierten in zwölf Versammlungen außer Genossen auch Genossinnen, und überall wurde eine Resolution angenommen, die sich scharf gegen die Herrenhäuser wendete und ihnen den Krieg erklärte. Noch in letzter Stunde kam das Herrenhaus zur Besinnung. Die Androhung einer Volksbewegung zur Beseitigung dieser bevorrechteten, überflüssigen und schädlichen Körperschaft hatte doch Eindruck gemacht. Das Herrenhaus stimmte dem Gesetz zu, das nunmehr am 1. August dieses Jahres in Kraft treten wird.

Nur die Zuckerindustrie behält ihre Ausnahmestellung und das Recht, bis zum Jahre 1915 auch vierzehnjährige Mädchen bei Nacht arbeiten zu lassen. Dieser Kampf um den Arbeiterinnenschutz hat wieder mit voller Deutlichkeit gezeigt, wie notwendig für die Arbeiterinnen die Eroberung des Frauenwahlrechts zum Schutze ihrer Interessen ist. a. p.

Frauenstimmrecht.

Zur Generalversammlung des preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht wird uns im Anschluß an Frau Breitscheids Einwendung (Nr. 8) geschrieben:

Das Schreiben der Frau Tony Breitscheid in Nr. 8 der „Gleichheit“ und die Kulanz, mit der die Redaktion es aufgenommen hat, mich sehr gewundert. Denn tatsächlich gab es nichts oder so viel wie nichts zu „berichtigen“. Wenn es nicht die schlesischen, sondern die schleswigschen Delegierten waren, die sich gegen den bewußten Paragraphen im Programm des Frauenstimmrechtsvereins wandten, gegen den Paragraphen, der das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht verlangt, so sind das doch nur kinderliche. Auf einer früheren Generalversammlung des Frauenstimmrechtsvereins in Berlin wurde aus Breslau, also Schlessien, dieselbe Forderung aufgestellt und verteidigt. Zudem kommen die paar Vertreterinnen des rheinisch-westfälischen Bezirkes im preussischen Stimmrechtsverband auch wohl kaum in Betracht gegenüber den viel zahlreicheren Vertreterinnen im gemäßigten rheinisch-westfälischen Stimmrechtsverband der Frau Strukenberg. Auch in Schlessien hat sich schon schon ein gemäßigter Verein gebildet, in Holstein ist einer im Entstehen, und da kann man wirklich kaum noch einem Menschen zumuten, alle diese verschiedenen kleinen bürgerlichen Frauenstimmrechtsvereine und -vereine auseinanderzuhalten, am wenigsten aber einem bürgerlichen Journalisten, der heute vielleicht der Tagung des einen Kinderlichenvereins beiwohnt und morgen der Tagung des anderen.

Zu dem Antrag: „Führung mit den sozialistischen Frauen zu nehmen“, sprach das Vorstandsmitglied der Berliner Ortsgruppe für Frauenstimmrecht, Frau Dzialosjinsky, genau so wie es der „Vorwärts“ brachte. Die Dame warnte, ich wiederhole es, warnte davor, die gewünschte Führung zu entgegenkommend zu suchen, damit könne man sich bei den Sozialistinnen lächerlich machen. Zweifelloß hatten die Herren Dr. Breitscheid und v. Gerlach die Ausführungen ebenfalls so verstanden, wie sie im „Vorwärts“ und der „Gleichheit“ aufgefaßt sind. Sie empfanden Frau Dzialosjinsky's Rede als einen Faut-pas und ergriffen sofort nach ihr berichtend das Wort, um sie abzuschwächen. Frau Dzia-

Loßzinsky erklärte dann darauf etwas süß-sauer, daß sie ihre Worte so gemeint hätte, wie Herr Dr. Breitscheid sie ausgelegt habe. Davon heißt keine Maus einen Faden ab.

Zu dem dritten Punkte will ich nur die Zahlen reden lassen. Von 48 Delegierten sprachen sich 8, also der sechste Teil der Vertreterinnen, gegen den ominösen Paragraphen aus. Daß diese Ziffern das Wachstum der Gegnerschaft des umstrittenen Paragraphen erweisen (wenn auch der preussische Verband etwas an Ausdehnung gewonnen hat), kann doch niemand ernstlich bestreiten wollen. Man muß sich gelinde gesagt wundern, daß gerade Frau Breitscheid das zu bestreiten versucht. Das Interesse der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen hat mit dem ganzen bürgerlichen Frauenstimmrechts sammelsurium nichts zu tun. Die Proletarierinnen stehen glücklicherweise auf eigenen Füßen! Die Gegnerschaft gegen das allgemeine Wahlrecht würde noch weit schärfer und kräftiger auf der Generalversammlung zum Ausdruck gebracht worden sein, wenn nicht Herr Dr. Breitscheid den Vertreterinnen der Opposition derartig schnöde über den Mund gefahren wäre, daß ihnen momentan, wenigstens bis nach der Abstimmung über den schleswig-holsteinischen Antrag, der Atem verging. Die „Demokratische Vereinigung“ legt, scheint es, großen Wert darauf, die „Frauenstimmrechtlerinnen“ in ihrem Schlepptau zu führen wie auch die Privatbeamten. Deshalb sind der Demokratischen Vereinigung im Frauenstimmrechtsverband Schwemmlungen nach rechts zu den Gemäßigten wie auch nach links zu den Sozialdemokratinnen absolut un bequem. Deutet sich die „Gefahr“ einer solchen Schwemmlung an, so erfolgt immer sofort von Herrn Dr. Breitscheid, dem eigentlichen Hahn im Korbe der bürgerlich-preussischen Frauenstimmrechtlerinnen vom Schläge Cauer-Breitscheid-Dialoszinsky, ein mächtiges Riseriki!

Heraus mit dem Wahlrecht für die Handlungsgehilfinnen.
300 000 Frauen sind im deutschen Handelsgewerbe beschäftigt, und diese 300 000 Frauen, die einen wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben darstellen, existieren für den deutschen Reichstag nicht. Als der deutsche Reichstag im Jahre 1905 das Gesetz über die Kaufmannsgerichte schuf, verweigerte er den Handlungsgehilfinnen das aktive und passive Wahlrecht zu diesen Körperschaften. Da die Frau politisch rechtlos ist, so wagt man es natürlich auch, der erwerbstätigen Frau das Wahlrecht zu ihrem Berufsgericht vorzuenthalten. Sie hat sich dem Urteil dieses Gerichtes zu unterwerfen, hat aber keinen Einfluß auf seine Zusammenlegung. Dieser Einfluß wäre um so erforderlicher, als der Ausschuss des Kaufmannsgerichtes auch Gutachten abzugeben hat und berechtigt ist, Anträge an die gesetzgebenden Körperschaften zu stellen. Angesichts vieler Mißstände, die im Berufsleben gerade die Frau betreffen und der Frau auch deutlicher zum Bewußtsein kommen als dem Manne, könnten die Frauen in dem Ausschuss eine segensreiche Tätigkeit ausüben. Während die Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu den Vorständen der Krankenkassen besitzen und ausüben, verweigert der Reichstag es ihnen immer noch zu den Kaufmannsgerichten wie zu den Gewerbegerichten. Daher ist es Pflicht aller Handlungsgehilfinnen, in Reich und Glied mit den übrigen Arbeiterinnen den Kampf um die politische Gleichberechtigung zu führen, der ihnen auch die vollen Rechte auf ihrem Berufsgebiet bringen wird. Die Handlungsgehilfinnen haben in Anbetracht all dessen recht triftigen Grund, in Massen an den Versammlungen des sozialistischen Frauentags teilzunehmen, der dem Frauenwahlrecht gilt.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Über die Notwendigkeit, mehr Polizeiaffistentinnen anzustellen und über die Aufgaben dieser Beamtinnen liegt eine beachtenswerte Äußerung vor, die zugleich scharfe Schlaglichter auf die heutige soziale Ordnung wirft. Nach dem Beispiel Stuttgarts wurde 1907 in Zürich eine „Polizeigehilfin“ angestellt, Frau Dr. Lüthi. Dieser war zunächst nur die Gewerbesteuernkontrolle übertragen; sehr bald kam es aber auf ihren Wunsch zu einer Erweiterung des Wirkungsbereiches, indem ihr die Aufsicht und Fürsorge für die Prostituierten unterstellt wurde. Leider folgten die anderen Städte der Schweiz nicht dem Züricher Vorgehen, weshalb jetzt Frau Dr. Lüthi durch öffentliche Vorträge in Basel, Bern usw. Propaganda für die wichtige Neuerung macht. In diesen Vorträgen fallen recht wenig schmeichelhafte Bemerkungen für die bürgerliche Gesellschaft ab. Ganz wie die erste Stuttgarter Polizeiaffistentin klagt auch Frau Dr. Lüthi über die Beschränktheit und Rückständigkeit mancher Behörden, die unter anderem auch in mangelhafter Regelung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Polizeigehilfin zum Ausdruck kommen. Das befandete Mißtrauen gegen diese Beamtin habe seinen Grund zum großen Teil in allerhand Vorurteilen, jedoch

auch in recht schiefen Auffassungen von den Aufgaben der staatlichen und kommunalen Organe angeichts der furchtbaren Wunden, die am sozialen Körper klaffen. Und doch könne gerade in bezug auf diese sozialen Übel das Wirken von Polizeigehilfinnen von großer Bedeutung sein. Die Beamtinnen haben die Gelegenheit, mit der Fürsorge für die Prostituierten und für entlassene weibliche Strafgefangene und weibliche Untersuchungsgefangene die Kinder- und Jugendfürsorge zu verknüpfen, wenn auch ihre Tätigkeit in erster Linie den Prostituierten gelten müsse. Im Kanton Zürich, so führte Frau Dr. Lüthi weiter aus, sei nach jahrzehntelangen Kämpfen 1897 die sogenannte Sicherheitsinitiative angenommen worden, die keine Bordelle duldet und ebenso streng das Anlocken auf der Straße usw. verbietet. Aber damit sei die Prostitution nicht abgeschafft worden. Aus der Öffentlichkeit und von der Straße vertrieben, flüchtete sie sich in die Animierneißen, niederen Hotels und verkroch sich in die elendesten Winkel; neuerdings dienen sogar die Tagameterdroschken als Rückzugsorten zur Ausübung des Dornengewerbes. Man könne der Prostitution nur dann wirksam zu Leibe gehen, wenn man berücksichtige, daß sie in den meisten Fällen durch Not, Elend und wirtschaftliche Bedrängnis verschuldet sei. Die Polizei mit ihrer überall geübten schablonenmäßigen Verhaftung der Prostituierten raube den Mädchen den letzten Halt und den Rest von Selbstbewußtsein und treibe sie auf diese Weise geradezu auf die Bahn des Verbrechens. Die erste Vorbedingung, um die Mädchen vor dem rettungslosen Versinken in den Sumpf der Prostitution zu bewahren, sei die Linderung der drückenden materiellen Not. Nicht nur arbeitslos seien die meisten der ihren Körper feilbietenden Mädchen, sondern auch obdachlos und mittellos. Die Züricher Polizeiaffistentin hat festgestellt, daß die Mehrzahl der von ihr vernommenen Mädchen sich der Prostitution in die Arme warfen wegen drückender Logis- und Kloiskulden und erst, nachdem sie in ihrer Not ihre Sachen verfehrt hatten. Gegen solche Mädchen taftvoll und schonend vorzugehen, ihnen einen Ausweg aus ihrer Lage zu zeigen, sie vor Rückfällen zu bewahren suchen, sei eine der Hauptaufgaben der Polizeiaffistentin. Die Züricher Polizeiaffistentin fordert vom Staate zweckmäßige, wirklich human und vernünftig geleitete Erziehungsanstalten für solche Prostituierte und entlassene Gefangene, die infolge ihrer ganzen Veranlagung und Entwicklung äußerst schwer zur Umkehr zu bewegen sind. Das wichtige Gebiet solcher Fürsorge dürfe man nicht länger der Privatwohlthätigkeit überlassen. Auch müsse der Staat gegen die Animierneißen einschreiten und das Trinkverbot für Kellerneihen einführen. Auf dem Boden der sozialen Not bildet der Alkoholismus eine wesentliche Ursache der Prostitution. Die Erfahrung der Frau Dr. Lüthi hat das bestätigt. Als weitere Reform befürwortet diese besseren staatlichen Schutz für die ledigen Mütter, namentlich auch durch ausreichenden Beistand bei den Alimentationsklagen. Es gelte ferner, Ehefrauen vor Mißhandlungen durch ihre Männer zu schützen. In allen Fällen handelte es sich um Arme, denen die Polizeigehilfin fürs erste auf die eine oder andere Art wirksame Hilfe bringen könne und müsse. Für die Dauer könne vor der Prostitution nur eines bewahren: die Beseitigung der sozialen Not. Das sind Gedankengänge und Forderungen, wie sie von sozialdemokratischer Seite von je vertreten worden sind. Ihr Angelpunkt bleibt der Zusammenhang zwischen Not und Laster. Die praktische Erfahrung hat die Züricher Polizeiaffistentin zu ihnen geführt. Kein Wunder das! Auch die Sozialdemokratie gewinnt ihre Stellungnahme durch das Leben, das sie ohne Vorurteil an der Hand der Wissenschaft unterucht.

r. a.
Die Beordnung von Heiserinnen der Armenpfleger in Erlangen ist bekanntlich 1910 nach hartem Kampfe durchgesetzt worden. Allerdings erst in zwei Bezirken der Stadt und auch bloß probeweise. Die Mehrheit der liberalen Herren Armenpfleger wollte von weiblichen Arbeitsgenossen nichts wissen und betrachtete sie nur als lästige Rivale. Jetzt nach Ablauf eines Jahres mußte den Heiserinnen für ihre Tätigkeit uneingeschränktes Lob gependet werden. Es wurde sogar zugegeben, daß die Frauen mit mehr Ernst und Eifer ihres Amtes gewaltet hätten als im allgemeinen die männlichen Pfleger. Daraufhin hat der Armenpflegerschaftsrat beschlossen, daß in allen fünf Bezirken der Stadt den Pflegern Heiserinnen beigeordnet sind. Nunmehr werden 17 Frauen in diesem Amte tätig sein. In der Waisenpflege und der Jugendfürsorge arbeiten schon seit längerer Zeit Frauen zur vollen Zufriedenheit der Behörden, und auch als Vormünderinnen wurden bereits mehrere Frauen vom Gericht bestellt. Bei der Verteilung dieser Ämter werden Frauen aller Parteirichtungen berücksichtigt.

A. R.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Geisler (Hunde), Wiltshelmshöhe, Postwegloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.